

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 20. Juni 1929
11. Jahrg. Nummer 140

Verl. im Inland mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,60 RM., monatlich 2,00 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM., unter Streifenband 3,00 RM. Auslandspreis: Die dreigespaltenen Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Berlin- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Kellamergel: Die dreigespaltenen Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzberg Str. 50, Tel. 660 88, Boleslawstraße 144. Redaktion: Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. Geschäftsstelle der Redaktion: Breslau, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. Montag bis Freitag von 17-19 Uhr. Dillig'sche Filialdruckerei: Breslau, Dilligstr. 20, Tel. 4088; Oppeln, Wobbeberg 11, Tel. 1864; Grottko, Kuntz & Co., Breslau 1384. Geschäftsstelle: von 8-12 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schöke, Verlagsbesitzung m. B. O., Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, H. H. Breslau, Kreuzberg Str. 50.

Marinebauprogramm beschlossen!

Widerliche Abstimmungskomödie der SPD.

(Fig. Ber.) Berlin, 18. Juni.

In der Dienstagssitzung des Reichstages wurde zuerst über den kommunistischen Antrag auf Gewährung des Wahlrechts an die Angehörigen der Reichswehr und Reichsmarine abgestimmt. Die Abstimmung über diesen Antrag war namentlich, der mit 153 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 226 Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt wurde. Ein wesentlicher Teil der Sozialdemokraten hat sich also an dieser Abstimmung gar nicht beteiligt, obgleich ihr Fraktionsredner Schöpslin in Worten ausdrücklich das Wahlrecht für die Soldaten forderte. Unter allgemeiner Spannung erfolgte dann die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf

Streichung des zweiten Panzerkreuzerrates.

Die Abstimmung auch hierüber war namentlich und ergab seine Ablehnung mit 153 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 224 Stimmen der Bürgerlichen Parteien. Bei dieser Abstimmung hatten 40 sozialdemokratische Abgeordnete sich gedrückt, und die vier sozialdemokratischen Minister ausdrücklich rote Karten abgegeben, und damit dokumentiert, daß sie für den Bau des Panzerkreuzers sind. Diese Abstimmung lieferte den Gipfelpunkt sozialdemokratischer Heuchelei. Ein Teil der Sozialdemokraten enthielt sich der Stimme, der größte Teil stimmte aus demagogischen

Gründen für den kommunistischen Streichungsantrag, und die Minister, die ausführenden Organe der Sozialdemokratie, stimmten von vornherein gegen den kommunistischen Antrag.

Schon bei der nächsten Abstimmung sollte das widerliche Komödienstück der Sozialdemokraten vollkommen entlarvt werden. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, die im März 1927 eingeführte Rate von 6,9 Millionen Mark für den Bau des Panzerkreuzers „Pöln“ zu streichen. In namentlicher Abstimmung über diesen Antrag stimmten die Sozialdemokraten geschlossen mit den Bürgerlichen gegen den kommunistischen Streichungsantrag. Alle Streichungsanträge der kommunistischen Fraktion zu den einzelnen Positionen im Reichswehretat wurden von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen niedergestimmt.

Angenommen wurde der Antrag der Wirtschaftspartei, der von der Regierung die Vorlegung eines ganzen Marinebauprogramms auf längere Sicht verlangt.

Die Kommunisten hatten ein Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister Groener eingebracht. Wieder war es die Einheitsfront der „linken“ Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, die dem Kriegsminister der Herrmann Müller-Regierung ausdrücklich ihr Vertrauen ausdrückte. Groener wird dieses Vertrauen zu würdigen wissen durch die eifrige Fortsetzung seiner Aufrüstungspolitik.

Sozialdemokratischer Oberpräsident verbietet die Magdeburger „Tribüne“

Wegen Berichterstattung über den 12. Parteitag — Hilferdings Rache — Duldet nicht die Unterdrückung der revolutionären Presse!

Nachstehend das neueste Dokument des sozialfaschistischen Unterdrückungsbezuges gegen die kommunistische Presse: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.

Magdeburg, den 17. Juni.

Auf Grund des § 7, Ziffer 4, 17, 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 verbiete ich das Erscheinen der „Tribüne“, der kommunistischen Tageszeitung für den Bezirk Magdeburg, einschließlich der illustrierten Beilage, des „Roten Sterns“, verantwortlich Wilhelm Silbermann in Magdeburg, auf die Dauer von 3 Wochen, und zwar für die Zeit vom 18. Juni bis 8. Juli einschließlich. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckchrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

Begründung:

In der Nr. 122 der „Tribüne“ vom 16. Juni d. J. finden sich in dem Leitartikel: „Kampf gegen den Krieg strafbar?“ folgende Sätze:

„Jawohl, wir sind staatsfeindlich, jawohl, wir haben seit der Gründung unserer Partei und seit dem Erscheinen der ersten Nummer der „Tribüne“ nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß das schließliche und endliche Ziel der kommunistischen Partei der Sturz dieser Republik und Errichtung der Räterepublik ist, weil nur so nicht nur der Ausbeutung, sondern vor allem auch dem Kriege ein Ende gemacht wird, deren Wurzel einzig und allein die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist.“

In diesen Sätzen wird die staatsfeindliche Einstellung der kommunistischen Partei betont. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß Zweck und Ziel dieser staatsfeindlichen Einstellung der Sturz dieser Republik und die Errichtung der Räterepublik ist. In der Wendung „Sturz der Republik“ liegt der Hinweis darauf, daß an eine Aenderung der festgestellten republikanischen Staatsform auf legalem Wege, also etwa mit dem Stimmzetteln, nicht gedacht wird, sondern daß die SPD. nur den gewaltsamen Sturz mit bewaffneter Macht als Endziel ihrer Politik vor Augen führt.

Die gleiche staatsfeindliche Einstellung und den gleichen auf gewaltsamen Sturz der Verfassung gerichteten Tatwillen enthält die Rede Sémards in der Mittwochssitzung des kommunistischen Parteitages, die in der ersten Beilage auf der zweiten Seite: „Für die revolutionäre Einheit des Proletariats“ weiterverbreitet wird.

(Es folgen Zitate aus der unseren Lesern bekannten Rede des Genossen Sémard.)

In diesen Sätzen wird klar und eindeutig von der Vorbereitung des Proletariats zum bewaffneten Aufstand, zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats gesprochen. In der Veröffentlichung derartiger Artikel und Reden ist ohne Zweifel eine Unterstützung der auf gewaltsamen Sturz der verfassungsmäßigen Staatsform gerichteten Bestrebungen der SPD. zu erblicken. Der Verfasser des Artikels kann sich nicht damit entschuldigen, daß er nur die Ausführungen des Redners auf dem Parteitag der SPD. wiedergegeben hat, denn in dieser Wiedergabe ist eine Unterstützung ihrer staatsfeindlichen Verbindung durch die Tat im Sinne der Ziffer 4 des § 7 zu erblicken. Die zu beanstandeten

Ausführungen des Redners Sémard hat der verantwortliche Redakteur nicht nur wiedergegeben, sondern dadurch, daß er sie mit Zeitdruck hervorhob, zu seinem eigenen staatsfeindlichen, auf gewaltsamen Sturz der Verfassung gerichteten Tatwillen gemacht. Gegen diese Anordnung ist binnen 3 Wochen vom Tage der Zustellung die Beschwerde beim Reichsgericht in Leipzig zulässig. Sie hat keine ausschließende Wirkung. Die Beschwerdebefrist mit zwei Abschriften, wo möglich 10 Stück der beanstandeten Zeitungszahlungen beigefügt sind, ist bei mir einzureichen.

In Vertretung (unleserlich).

Der „Vorwärts“ hat seit zwei Wochen zum Verbot der Magdeburger „Tribüne“ gehetzt und sie zu diesem Zwecke als „Ersatz-Rote-Fahne“ der Aufmerksamkeit der Behörden empfohlen. Die Forderung des „Vorwärts“ wurde mit besonderer Schärfe wiederholt, als die Magdeburger „Tribüne“ über den Kriegsangelegenheitsstand Mitteilungen brachte, die für den Finanzminister der Koalitionsregierung, Herrn Hilferding, außerordentlich kompromittierend waren. Der SPD.-Oberpräsident der Provinz Sachsen, Wäntig, hat den Wink verstanden, und die „Tribüne“, die schon kurz vor dem Magdeburger Parteitag der SPD. für drei Wochen verboten war, wiederum für drei Wochen verboten.

Was die Begründung selbst betrifft, so genügt die Feststellung, daß die sozialdemokratischen Minister, Oberpräsidenten und Polizeipräsidenten mit derselben Begründung die Werke von Marx und Engels verbieten könnten und müßten, in denen Marx und Engels an unzähligen Stellen den gewaltsamen Sturz der Ausbeutergesellschaft propagieren. Für die Severing, Orzelski, Jürgel und Stampfer ist aber der gesamte revolutionäre Marxismus ein einziger „Hochverrat“, eine einzige „staatsfeindliche Aktion“. Die Masken der demokratischen „Pressefreiheit“ fallen, der Sozialfaschismus zeigt immer offener sein Gesicht.

Das neue Verbot der „Tribüne“ bezweckt unmittelbar die Behinderung der Berichterstattung über den 12. Parteitag der SPD. Wir verstehen sehr wohl, daß die Sozialdemokratie und die Bourgeoisie ein Interesse daran haben, die Berichterstattung über den Weddinger Parteitag nicht nur in ihrer eigenen Presse zurückzuschweigen, sondern auch die kommunistische Presse an der Durchführung ihrer eigenen Berichterstattung und die Auswertung des Parteitages in der Presse zu verhindern. Um so größer, um so leidenschaftlicher ist das Interesse der Klassenbewußten Arbeiter am Erscheinen der revolutionären Presse, an den Berichten über den 12. Parteitag. Sie werden auch die kommunistische Presse gegen die weiteren geplanten sozialfaschistischen Angriffe mit allen Kräften verteidigen und erst recht für ihre Verbreitung sorgen. Fordert die sofortige Aufhebung des Verbots, werbt für die kommunistische Presse, berichtet überall, wo Arbeiter sind, über den 12. Parteitag; tragt den Geist der Weddinger Kampfzettel in die Massen! Das soll eure Antwort auf die sozialfaschistischen Schandlügen der Severing, Orzelski, Jürgel und Wäntig sein!

Der Weddinger Parteitag

Von Hermann Kemmle

Selten hat ein Ereignis im Leben unserer Partei die Verbundenheit des revolutionären Vortrupps mit den Gesamtmassen und den Hauptschichten des Proletariats so stark in Erscheinung treten lassen, wie der Weddinger Parteitag vom 8. bis 16. Juni 1929. Das lag nicht nur an der Lage des Tagungsorts mitten im Herzen des roten Wedding, unmittelbar an der Stätte, wo die Barrikadenkämpfe vom 1. bis 4. Mai stattfanden, das zeigte sich vor allem in den unzähligen Delegationen, Telegrammen, Briefen etc., aus allen Teilen des Reiches. Es gab wohl keine nennenswerten Groß- oder Kleinbetriebe in Deutschland, dessen Belegschaft nicht zu unserem Parteitag gesprochen hätte. Und nicht nur einfache, launische „Begrüßungen“, nein, die ausgebeuteten und unterdrückten Lohnflaven lagten der obersten Parteiführung oft in ganz drastischer Weise, was sie von der Tagung ihrer Vertreter und Abgeordneten verlangen. Die meist fühne und revolutionäre Sprache, mit der sich die Betriebsbelegschaften an den Parteitag wandten, zeigten das große, stets im Steigen begriffene Vertrauen, das die Partei in den Massen des deutschen Proletariats besitzt.

Seit Bestehen der Partei hatten wir noch keinen Parteitag, der so wie der Weddinger aus Betriebsarbeitern zusammengesetzt war. Bei den 217 Delegierten, die die Parteimitgliedschaft zum Parteitag entsandten, befanden sich nur 28 Parteiangestellte, dagegen

132 Arbeiter aus den Großbetrieben

(darunter 76 Betriebsräte gegen 8, und 91 Gewerkschaftsfunktionäre gegen 66 auf dem Essener Parteitag). Von den 26 weiblichen Delegierten (in Essen 5) waren 16 Arbeiterinnen aus Betrieben (in Essen keine), unter den „sonstigen“ Delegierten befanden sich 10 Frauen (Nichtarbeiterinnen), Kleinbauern, Landarbeiter und Arbeiterlose, die nicht zu den Betriebsdelegierten zählten. Diese Zusammensetzung des Weddinger Parteitages gab ihm das starke, proletarisch-revolutionäre Gepräge. Noch zu keinen Zeiten (selbst in Perioden revolutionärer Hochflut) hatten wir einen Parteitag, auf dem die Delegierten so kompakt und ausdauernd den Verhandlungen gefolgt sind.

Keine Neben- und Sonderkonferenzen, keine privaten Unterhaltungen, keinerlei Vorgänge von außen, konnten die äußerst große Aufmerksamkeit, mit der die Delegierten sowohl den Referaten wie den Diskussionen folgten, von den zur Erörterung stehenden Problemen ablenken. Trotz der stundenlangen Referate herrschte die gespannteste Aufmerksamkeit und die regsamste geistige Begeisterung, was die Unterstreichungen durch Beifall oder Zwischenrufe der Delegierten zu den Referaten auf das lebhafteste bekundeten.

Eine Versammlung der besten Vertreter des deutschen Proletariats, die alle ihre Kräfte einsetzten, um die Massen der deutschen Arbeiterklasse zu schärfen und unüberwindlich zu machen. Dieser Charakter des Weddinger Parteitages war ohne Zweifel bedingt durch seine soziale Zusammensetzung. Die starke Vertretung der Arbeiter aus den Betrieben, der proletarischen Funktionäre aus Gewerkschaft und Werkstatte auf dem 12. Parteitag, die Vertretung von Arbeiterinnen, Landarbeitern und proletarischer Jugend — diese Zusammensetzung gab der Arbeit des Parteitages ihren Stempel. „Der Parteitag in Wedding war kein Parteitag der Minister und Exzellenzen, keine Tagung der Polizeipräsidenten und Arbeitermörder, der Gewerkschaftsbürokratie und kapitalistischen Staatsfunktionäre. Nicht Nupstnieder der kapitalistischen Ausbeuterrepublik, nicht Pfundner und Postenjäger, die es nach der Staatskrippe gelüftet, traten hier zusammen, wie es auf dem Magdeburger SPD.-Parteitag der Fall war — nein, der Weddinger Parteitag war eine Tagung der deutschen Proletarier selbst“ (Manifest des Parteitages).

Der XII. Parteitag stand in seinen äußeren Erscheinungen, in seiner Umgebung und in seinem inneren Gehalt ganz unter dem Eindruck des verschärften Klassenkampfes, der großen internationalen Zuspitzungen, der Vorbereitungen und Kämpfungen der imperialistischen Weltmächte zum Kriege gegen die Sowjetunion und der im Zeichen der verschärften Klassenkämpfe aufsteigenden revolutionären Welle. Die zentrale Achse der Verhandlungen bildeten daher ganz naturgemäß die verschärften Kampfmethoden und Kampfmittel des deutschen Proletariats gegen den Klassenfeind, gegen die gesteigerte Offensiv des Trüstkaptals und gegen die sozialfaschistische Entwicklung der kapitalistischen Staatsgewalt. Die zentralen Aufgaben und das Ziel des proletarischen Klassenkampfes waren gerichtet auf den Kampf um die Eroberung der Mehrheit bzw. der Hauptschichten der deutschen Arbeiterklasse für den revolutionären Massenkampf unter Führung unserer Partei.

Diesen Hauptproblemen des Kampfes um die Hegemonie in der deutschen Arbeiterklasse wurden alle Fragen der lebendigen Politik der Partei, sei es auf dem Gebiet der Gewerkschaften, auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, der Betriebsräte usw. etc. untergeordnet.

Der alles überragenden Bedeutung des Problems der

Regemonie für die Partei stellt aber auch der Klassen-... seine entscheidende Taktik und Politik terroristischer Maßnahmen gegenüber. Der Entwicklung der Sozialdemokratie vom Sozialchauvinismus der Kriegszeit zum Sozialimperialismus in der ersten und zweiten Periode ihrer Nachkriegsentwicklung, folgt nunmehr in der dritten Periode die Etappe der Entwicklung zum Sozialfaschismus, das heißt, die Anwendung faschistischer, terroristischer Unterdrückungsmethoden gegenüber der revolutionären Klasse durch Ausschöpfung der im Besitz der Sozialdemokratie befindlichen Staatsgewalt. Die engste Verflechtung des Reformismus und der sozialdemokratischen Bürokratie in den Gewerkschaften und Massenorganisationen des Proletariats mit der trustkapitalistischen Staatsmacht und den Unternehmerverbänden, das vollkommene Preisgeben jedes selbständigen proletarischen Charakters der Arbeiterbewegung und Übergang, Verflüssigung und Verschmelzung mit der bürgerlichen Gesellschaft, haben ihren motorischen Antrieb in dem immer stärkeren Schwanden des Einflusses des Reformismus in den Hauptkämpfen des deutschen Proletariats. Die blutigen Maitage in Berlin, das Verbot des RFD, das siebentwöchentliche Verbot der „Roten Fahne“, die zahlreichen Verbote der kommunistischen Partei, die alles Abtreibende, Abgrenzende und Verleumdungskampagne gegen die USKR, etc., zeichnen mit aller Schärfe den konterrevolutionären faschistischen Kurs der Staats- und Parteipolitik der gesamten Bourgeoisie unter Führung des Sozialfaschismus. Und so geht es weiter auf diesem Wege. Massenhafte Gesetzesvorlagen, die die Kriegesetze und die Gesetze des Belagerungszustandes in das „normale Recht“ verwandeln, Gesetze der Kulturreaktion, die Verfassung der Schulen und andere mittelalterliche reaktionäre und konterrevolutionäre „Reformen“, die in den Parlamenten zur Verabschiedung stehen, feiern die Wiedergeburt der dunkelsten reaktionären Seiten der Vergangenheit. „Politisch ist Imperialismus der Drang nach Gewalt und Reaktion.“ (Lenin.)

Der Hauptreferent des Parteitag, der Genosse Thälmann, hat in seiner sechsständigen meisterhaften Rede den ganzen ökonomischen Untergrund dieses Entwicklungsprozesses des deutschen Imperialismus, an dessen Ausgangspunkt große revolutionäre Erschütterungen und gleichzeitig die Organisierung und Vorbereitung auch des deutschen Imperialismus zum Kriege gegen die Sowjetunion stehen, nachgewiesen, wie zwangsläufig hier die sozialfaschistische Entwicklung der gesamten politischen Entwicklung vorangeht. Das Referat des Genossen Thälmann, sowie das Referat über Krieg und Revolution haben keinen Zweifel darüber gelassen, welches an diesen großen historischen Wendepunkten der kapitalistischen Entwicklung die Aufgaben und Pflichten der Kommunisten sind. Gestützt auf die Beschlüsse des IV. RZJ-Kongresses und des VI. Weltkongresses der Komintern, wiesen die Referate des Parteitag den Weg, den das revolutionäre Proletariat in dieser schwierigen ersten Situation zu gehen hat. Die Beschlüsse des Weidinger Parteitag, die umfassenden Resolutionen, die als propagandistische Leitlinie für die Parteiarbeit der nächsten Zukunft geschaffen wurden, geben der Partei die Waffen für das politische und strategische Handeln in allen Wechselfällen des komplizierten revolutionären Klassenkampfes. Ebenso war es das Referat und die Thesen über die Gewerkschaftstaktik und die Strategie bei den Wirtschaftskämpfen, die auf das konkreteste die Aufgaben für den Tageskampf des revolutionären Proletariats stellten, und der Partei auf alle brennenden Fragen auf diesem Gebiete eine feste Marschroute gaben.

Dem ganzen Ernst der Situation entsprechend, in Erwartung der schwersten, härtesten Klassenkämpfe, unmittelbarer großer weltgeschichtlicher Ereignisse, sah der Parteitag als eine seiner wichtigsten Aufgaben die Herausbildung eines festen, einheitlichen, nach keiner Seite hin schwankenden Blods, von der obersten Führung bis in die untersten Parteikader. Dieser Ernst der Situation war es, der den Parteitag zwang, ohne alle Kompromisse und Verleisierungen, ohne die geringsten Zugeständnisse an oppositionelle Strömungen und Gruppierungen, wie es die Verführer sind, restlose Unterordnung und Eingliederung oder Ausschließung aus der Partei zu fordern. Zum ersten Male in der Geschichte der Partei geht der Parteitag dazu über

eine absolut homogene einheitliche Parteiführung zu schaffen, wo keinerlei Konzeptionen und Zugeständnisse an Gruppierungen innerhalb der Partei gemacht werden. Ebenso ernst und scharf wurden alle jene Maßnahmen besprochen, und entsprechenden Beschlüsse gefasst, gegen die, die in die Partei von außen her, vom Klassenfeind Panistimmungen und Schwän-

lungen hineintragen, um so die gesamten Parteikader gegen die verwerfliche und lächerliche Kampagne des Klassenfeindes des Kommunismus zu immunisieren. Erst eine revolutionäre Partei, die sich durch keinerlei Schwach- und Winkeltage des Klassenfeindes erschüttern und beunruhigen läßt, nur eine solche Partei, in der die schärfste und musterscheueste Disziplin und vollstes Vertrauen zur bolschewistischen Führung und zur Kraft des Proletariats herrschen, kann die großen revolutionären Aufgaben, die der Klassenkampf vor das Proletariat in Deutschland stellt, erfüllen.

Diese großen zentralen Probleme gaben gleichzeitig dem Parteitag einen bedeutenden internationalen Charakter. Das äußerte sich besonders in der starken Anteilnahme von 18 Sektionen der kommunistischen Internationale an den Verhandlungen unseres Parteitag. Mit Recht wies der Vertreter

Breslau, 10. Juni. Für die oberschlesische Metallindustrie fanden unter dem Vorsitz von Professor Kramer Schlichtungsverhandlungen statt. Die Verhandlungen sind gescheitert. Ausnahme soll am Mittwoch, dem 19. Juni, die Schlichterkammer einen Spruch fällen.

Die Unternehmer fordern bekanntlich Beibehaltung der bisherigen Löhne bis Juni 1931.

Die Arbeiter sind dagegen der Auffassung, daß eine Lohnerhöhung von mindestens zehn Pfennig in allen Lohngruppen bei kurzer Tarifbindung das Mindeste ist, was in der Metallindustrie durchgesetzt werden muß.

Die für den 19. Juni einberufene Schlichterkammer wird bestimmt einen Spruch fällen, der die Wünsche der Unternehmer weitgehend berücksichtigt. Neben mit der Schlichtungspraxis Metallarbeiter, nehmen in allen Betrieben Stellung! Beseitigt, an der Mindestforderung festzuhalten! Traut den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten nicht über den Weg, da sie die Absicht haben, einem faulen Kompromiß zuzustimmen. Organisiert selbst den Kampf für eure Forderungen!

Verbindlichkeitserklärung des D.S. Bergbauwiderspruches beantragt!

Gleiwitz, 19. Juni.

Die Gewerkschaftsbürokraten haben die Verbindlichkeitserklärung des für den oberschlesischen Bergbau gefällten Schiedsspruches beantragt. Der Spruch sieht bekanntlich eine Lohnerhöhung von 25 Pfennig bei langer Bindung vor. Die Arbeiter fordern 1,50 Mark. Die Forderung der Gewerkschaften lautete auf 70 Pfennig. Der Antrag auf Verbindlichkeitserklärung des provisorischen Spruches kennzeichnet so recht die verräterische Rolle der Gewerkschaftsbürokratie. Die Bergarbeiter müssen ohne Rücksicht darauf, ob die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen wird oder nicht, den rücksichtslosen Kampf für ihre Forderungen führen.

Verhandlungen für die oberschlesischen Gemeindearbeiter gescheitert

Gleiwitz, 19. Juni.

Die Verhandlungen über den Tarifabschluß für die oberschlesischen Gemeindearbeiter sind gescheitert. Die Gewerkschaftsbürokraten beabsichtigen, den staatlichen Schlichter anzurufen. Ausführlicher Bericht folgt.

Großer Fabrikbrand in Moabit

Ein Loter, vier Schwerverletzte

Berlin, 18. Juni.

In einer auf dem Grundstück Altmooabit 104 untergebrachten chemisch-pharmazeutischen Fabrik brach heute nachmittag aus bisher noch unaufgeläuter Ursache ein Brand aus, der

der N., der Genosse S e m a r d, Frankreich, darauf hin, daß heute der revolutionäre Klassenkampf in Deutschland, und damit die Politik und Taktik der KPD, das lebendigste Schulbeispiel für die kommunistischen Parteien in allen Ländern ist, und daher der deutsche Parteitag die größte internationale Bedeutung für die gesamte revolutionäre Bewegung in den kapitalistischen Ländern erlangt.

So hat der XII. Parteitag die Waffen für die bevorstehenden Kämpfe geschmiedet, den Weg für den Befreiungskrieg der deutschen Arbeiterklasse gebietet, in den Mittelpunkt der Aufgabe die Eroberung der Mehrheit und der Hauptpflichten des revolutionären Proletariats gestellt, die Partei und das revolutionäre Proletariat zur Verteidigung der Sowjetunion, zur Errichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland ideologisch vorbereitet und organisatorisch mobilisiert.

Schlichtungsverhandlungen für die Metallindustrie

Das Großfeuer war gegen 17 Uhr noch nicht niedergelämpft. Die drei um den hinteren Hof des Grundstückes gelegenen Gebäude standen vom zweiten bis vierten Stockwerk in Flammen. Dagegen ist es inzwischen gelungen, die zahlreichen Menschen, die in dem Gebäude beschäftigt waren und deren Leben durch die ungewöhnlich rasche Ausdehnung des Brandes gefährdet war, zu retten.

Zu dem gemeldeten Fabrikbrand in Moabit wird noch berichtet, daß die Brandkatastrophe bisher ein Todesopfer und vier Schwerverletzte zur Folge hat.

Vom Tage

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages stand die Wahl des Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung. Sie verlief ergebnislos, da kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht hat. Die sächsischen SPD-Linken spielen zurzeit noch ein wenig Komödie, bevor sie in die Koalition eintreten.

Nachdem Hilferding mit seiner 500-Millionen-Anleihe eine große Pleite erlebt hat, beschäftigt er nunmehr, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, einen 50-Millionen-Dollar-Kredit aufzunehmen.

In der gestrigen Reichstagsitzung wurde u. a. eine deutsch-nationale Entschließung angenommen, die fordert, daß die schlesischen bzw. oberschlesischen Städte Namslau, Wittsch, Leobschütz und Süllichau ihre Garnisonen behalten dürfen.

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat, um ihre national-kleinbürgerlichen Wähler zu täuschen, einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Hilferding eingebracht.

Auf der Fahrt von Raumburg nach Leipzig wurde einem Schulmädchen, das sich zu sehr zum Fenster hinauselehnte, von einem vorbeifahrenden D-Zug der Arm abgerissen.

Der Mitgliedschaft zur Kenntnis:

Folgende Ortsgruppen haben trotz mehrmaliger Mahnung bis zum 18. Juni noch nicht abgerechnet: Paasena, Oswitz, Deutsch-Lissa, Girschsdorf, Ströbel, Vollenhain, Liebau, Krausendorf, Schwarzwaldau, Landesgut, Petersdorf, Kaufung, Ohlau, Gorkau, Strehlen, Gauslau, Görlitz, Niesitz, Penzig, Greiffenberg, Schogdorf, Geibsdorf, Groß-Mähdorf, Steinau, Liegnitz, Bunzlau, Deutsch-N.-D., Neusalz, Sprottau, Sagau, Glau, Friedrichshain, Habelschwerdt.

Die Sekretärin des Prälaten

von Albert Daudistel (Nachdruck verboten)

Und da bedachte der Prälat: „Aun weiß dieser Bürche auch schon, daß ich eine neue Sekretärin habe. Kein anderer als er kann derjenige gewesen sein, der sie vom Portal II aus telephonisch zu sich heranzuberufen ließ! — So ein alter Genießer,“ sagte sich der Prälat nach und — gab dem Boten sehr erregt den Auftrag, dem Vater mitzuteilen, der Prälat käme morgen lieber selbst zu dem Boten hin... Dann schmeichelte der Prälat seiner Sekretärin, indem er an alle die Frage richtete: „Oder wollen Sie sich jetzt noch von Röhrenhöfen ausprägen lassen?“

Der Innenminister jabelte: „Aun wird es heiter!“ Alles lachte. Madame Richmond erhob sich und sagte: „Hier wird es zu feilzig! Herr Prälat, ich frage nach oben!“ Sie ging. Auch der Prälat erhob sich. Aber da kam der Ministerpräsident und jagte zu dem Prälaten, er müsse mit ihm, da er noch heute abend auf vier Wochen verreise, schnell einige Details über die Operationen, die der Prälat nach Rom hin plante, besprechen.

Die anderen vernünftigen sich grinsend und — da sie alle das Refektorium verlassen, geriet der Prälat bei dem Gedanken: „Die laufen meiner Sekretärin nach“ in solche Unruhe, daß er zu dem Ministerpräsidenten, der der royalistischen Fraktion angehörte, sagte, er solle „doch lieber“ mit ihm in sein Büro kommen. Der Ministerpräsident erwiderte aber, daß er Hunger habe; er bestellte sich sein Dinner und begann seine Unterredung...

Als der Prälat in seinem Büro ankam, fragte er seine Sekretärin: „Aun, Madame, waren die Herren noch nett zu Ihnen?“ Sie lächelte, daß er durch diese Frage seine Eifersucht bemängeln wollte, aber dennoch zu wissen wünschte, wenn sie mehr zugewandt sei. Sie antwortete: „Gott, die Herren begleiteten mich bis zur Wandel-

halle, und weil ich keine Lust mehr hatte, mich mit ihnen zu unterhalten, probierte ich, sie dadurch loszuwerden, daß ich sie in Verlegenheit brachte...“ Hastig unterbrach der Prälat: „Wie denn, wie denn in Verlegenheit brachte?“ — Sie lächelte: „Ich sprach auf einmal deutsch!“

„Und, und, und...??“, drängte er. Sie beschwichtigte seine Eifersucht, indem sie höflich lächelte: „Herr Prälat, bitte, ganz im Vertrauen: da glockten sie mich an, wie Kälber manchmal glocken! Ich aber ging.“

„Das war recht; das war ganz recht,“ frohlockte er und sagte: „Aun machen wir Feierabend! Und, und,“ flüsterte er, „wenn es Ihnen, Madame, recht ist, darf ich Sie gewiß zu mir ins Auto bitten; ich bringe Sie, weil es doch schon so spät ist, nach Hause!“ Schweigend ging sie über sein Anerbieten zur Toilette.

Dann schlüpfte sie vor seinem Spiegel in ihre Feiljade, und während sie ihre schwarzen Wangenlocken unter ihrem Hüthen hervorstapfte, fragte sie: „Am wieviel Uhr denn morgen früh, Herr Prälat?“

Er wusch seine Hände und antwortete: „A, so gegen zehn, Madame; das ist nicht zu früh! Und, und,“ sagte er zögernd (samit sie warten sollte) „heute habe ich gar nicht daran gedacht, meine Stullen auszupacken! Es ist schade um die Stullen, bitte, Madame, nehmen Sie sie...“ Da aber kannte er, als sie lächelte: „Ich danke! Auf Wiedersehen!“ Sie eilte aus dem Büro.

Schnell trocknete er seine Hände, füllte seinen Hut auf, nahm seinen Paletot über den Arm, trat aus seinem Büro, schloß es ab und — lief ihr nach. Sie aber war leichter als er. Und als er hart hinter ihr her aus dem Portal II in das Dunkel des Abends gekommen war, sah er gerade noch, daß sie in das Couplé eines wartenden Autodroschke flog und abfuhr.

Madame Richmond dachte zwar in der Autodroschke daran, daß ihre Flucht den Prälaten erst recht zur Eifersucht und zur dreifachen Bedenke aufreizen würde. Sie sagte sich aber: „Wenn er Theater machen will, ich spiele mit! Mich schädigt es nicht!“ Und sie freute sich über ihre hohe berufliche Stellung und über die Beliebtheit, die

ihr schon am ersten Tage als Sekretärin des Prälaten zuteil geworden war. Ja, bei den Gedanken an den Innenminister und an die Leiter richtete sie so vor sich hin: „Und es wird gewiß noch schöner im Landesparlament!“ — In dieser freudigen Zuversicht hoffte sie vorübermut auf dem weichen Polster, just so, als wäre die Autodroschke mit ungeminderter Geschwindigkeit auf holperiges Pflaster geraten. Die politische Härte des Prälaten hatte sie schon ganz vergessen. Und also vergnügt fuhr sie dahin —

Sie war die Tochter des Schullehrers Joseph Boufanger, der in einem Städtchen im Süden des Landes lebte. Ihre Mutter starb nach 15 Ehejahren an Herzschwäche. Nachdem dann ihr Vater ein fünfundsiebenzigjähriges Mädchen, eine Tochter der Schwester seiner ehemaligen Frau, als Wirtschafterin bei sich angestellt hatte, wurde die damals fünfzehnjährige Elly nach der Regierungsstadt geschickt, in die Obhut eines pensionierten Polizeikommissars, der ihr Großvater war. Elly absolvierte das Gymnasium. Dann studierte sie, von ihrem Großvater dazu gedrängt, Jura, aber nur vier Semester, da sie sich gegen den Willen ihres Großvaters mit einem jungen Romandichter verliebte. Ihr Großvater hätte sie gern einmal als „Fräulein Doktor“ in einer hohen staatlichen Position gesehen; ja, ihr Großvater, dem die schöngeistige Literatur genau so fremd war wie etwa einer Kuh die spanische Sprache, hätte immerhin noch nichts gegen die Verlobung einzuwenden gehabt, wenn — Ellys Geliebter, obwohl er Dissident war, wenigstens ein reicher Mann gewesen wäre; weil er aber noch arm war, deshalb glaube der Großvater, die Elly dadurch zur Auflösung der Verlobung zwingen zu können, indem er ihr erklärte, daß er sie (im Einverständnis mit ihrem Vater) „ihre eigenen Wege“ gehen ließe, sie aber von ihm und auch von ihrem Vater keinerlei Unterstützung mehr zu erwarten habe. Elly löste die Verlobung nicht! Sie arbeitete vielmehr heimlich — anstatt zur Universtität zu gehen — im Kontor eines Verlagshauses.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Kurt Dombrowski, für „Freiheit und Recht“: Wilhelm Steinhilber, für „Breslau“, „Görlitz“ und die übrigen Verlage: Alfred Thoma, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil: Gerhard Schulz, Gleiwitz. — Für Infanterie: H. Reber, Breslau.

Auch SPD.-Funktionäre lehnen den Textil-Schiedsspruch ab!

Der Beschluß von Rengersdorf — Für Leuchtenberger der „beste“ Spruch — Kämpft gegen den Verrat

Breslau, 19. Juni.

Wir haben gestern und vorgestern zu dem für die schlesischen Textilarbeiter gefällten Schiedsspruch Stellung genommen und festgestellt, daß die um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter diesem Hunger-spruch unter keinen Umständen zustimmen können.

Die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten haben an dem Zustandekommen des Spruches eifrig mitgearbeitet. Auf ihre Veranlassung hat eine Konferenz ausgesuchter sozialdemokratischer Funktionäre dem Spruch zugestimmt. Die aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen rechten Liquidatoren (Ulbricht aus Liebau, Lehmann aus Landeshut und Simon aus Langenbielau sind die Namen dieser Felten) haben den Spruch ebenfalls gebilligt. Diese drei Tatsachen zeigen den Arbeitern mit aller Deutlichkeit, daß die Gewerkschaftsbürokratie, die ihnen ergebenen sozialdemokratischen Funktionäre und die rechten Liquidatoren, die sich fälschlicherweise immer noch Kommunisten nennen, Feinde der Arbeiter, Verräter an den Interessen des Proletariats sind und objektiv im Lager der Unternehmerr stehen.

Der Schiedsspruch, der lediglich eine „Erhöhung der Stundenlöhne um 2,8 Pfennig in der Spitze bringt und bis Ende Oktober 1929 Geltung haben soll, ist so ungenügend, daß selbst sozialdemokratische Funktionäre, die noch etwas Schamgefühl besitzen, sich dagegen aussprechen. So haben z. B. nach einer uns zugegangenen Mitteilung die

sozialdemokratischen Funktionäre des Textilarbeiterverbandes in Rengersdorf (Glag) die Ablehnung des Spruches beschlossen.

In einer am Montag in Langenbielau stattgefundenen Textilarbeiterversammlung hat der Gewerkschaftsangehörige Leuchtenberger den Spruch als den „besten von allen Schiedssprüchen“ bezeichnet, die in der letzten Zeit in Deutschland gefallt wurden. Gewiß, für die Sozialdemokraten, die an der Hebung der deutschen Wirtschaft, d. h. an der Steigerung der Unternehmerrgewinne und an der imperialistischen Aufrüstung interessiert sind, ist dieser Spruch der beste, weil er die Wünsche der Unternehmerr restlos erfüllt und größere Aussicht auf Abwägung des Kampfes gibt.

Im Verlauf des Kampfes haben wir viele Beweise für die Tatsache angeführt, daß die Reformisten bemüht sind, an der Zerschlagung der Arbeiterfront zu arbeiten. Heute liegen bei uns wieder zwei Meldungen vor, die den fanatischen Haß dieser Leute gegen die von der I. A. eingeleitete Unterstützungsaktion illustrieren. Man lese die im heutigen Lokalen Teil Waldenburg veröffentlichte Arbeiterkorrespondenz aus Wollweber. Man nehme nachstehende Anfrage eines kleinen Geschäftsmannes aus Peisterrich an unsere Redaktion zur Kenntnis:

An die „Arbeiter-Zeitung“, Breslau.

Es wurde in letzter Zeit wiederholt gemeldet für Unterstügungen der Arbeiter-Jugend, ausgesperrte Textilarbeiter im Kreis Landeshut usw. Auf der Zeichnungsliste sind aber nur Kaufleute, selbständige Gewerbetreibende zu finden, die bei der jetzt sehr schlechten wirtschaftlichen Lage immer noch etwas dafür übrig haben. Ich vermissen stets eine Spende von dem hiesigen Konsum-Verein. Auf meine Frage an den Sammelnden wurde mir geantwortet: „Da barisch erk nicht hingehen, da bekommt ich sowieso nichts.“ Auch die betreffenden Lagerhalter, die auf den Verdienst der Arbeiter angewiesen sind, und von denen sie auch leben, haben für derartige Sammlungen nichts übrig. Jeder, der bis jetzt gezeichnet hat, steht zum Teil schlechter da, als die Lagerhalter, die ihr bestimmtes Einkommen haben.

Die Arbeiterzeitung aus Wollweber und die Anfrage des Peisterricher Geschäftsmannes zeigen eindeutig, daß die Sozialdemokraten und die von ihnen geleiteten Organisationen offene Arbeiterfeinde sind.

Heute läuft die Erklärungsfrist zum Schiedsspruch ab. Die Gewerkschaftsbürokratie wird nunmehr den

Antrag auf Verbindlichkeitsklärung

stellen. Der Kampf soll abgewürgt, der Verrat besiegelt werden.

Es geht nicht nur um den Lohn. Auch der Spruch zu dem

Manteltarif bietet den Textilarbeitern keinerlei Verbesserungen, ja sogar einige Verschlechterungen. Er sieht keinen Achtstundentag und keine 46-Stunden-Woche vor — trotz der vor dem Kampf bestehenden Kurzarbeit und trotz der infolge der zu erwartenden verschärften Rationalisierung bevorstehenden weiteren Arbeiterentlassungen. Die Forderungen der Arbeiter in der Urloosfrage sind ebenfalls unerfüllt geblieben.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft den Textilarbeitern nach wie vor zu: Lehnt den Hungerschiedsspruch zum Lohn- und Manteltarif ab! Kämpft unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen für eure Forderungen! Die Opposition unterscheidet sich von den Reformisten nicht dadurch, daß sie höhere Forderungen aufgestellt hat. Nein, die Opposition ist bereit, auch für die von den reformistischen Bürokraten aufgestellten Forderungen zu kämpfen, obwohl sie aus grundsätzlichen Erwägungen niemals damit einverstanden sein wird, daß die Frauen nur deshalb weniger Lohn erhalten sollen, weil sie eben Frauen sind. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, muß nach wie vor die Forderung der Arbeiter sein. Die Opposition unterscheidet sich von den Reformisten dadurch, daß sie ehrlich bekennt, die einheitliche Kampffront der Textilarbeiter zu organisieren und den Kampf mit einem Erfolg für die Arbeiter abzuschließen. Textilarbeiter, verfehlt den Reformisten den verdienten Zutritt! Scharf auch um die revolutionäre Opposition!

Genug des Hungers und Elends!

Vorwärts trotz und trotz allem!

Kommunisten im Landtag für die ausgesperrten Textilarbeiter

Im preussischen Landtage hatten die Genossen Landtagsabgeordneten Wollweber, Schwenk, Kasper folgenden Antrag eingebracht:

„Die schlesischen Textilarbeiter sind seit dem 25. Mai von den Unternehmern ausgesperrt. Weil die Textilarbeiter eine bescheidene Lohnforderung stellten und auf eine Lohnerrhöhung nicht verzichteten, wurden rund 50 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt. Weitere 10 000 Textilarbeiter wurden in den letzten Monaten auf Grund der Rationalisierungs- und Stilllegungsmassnahmen entlassen.

60 000 Textilarbeiter sind jetzt in Schlesien ohne Arbeitsverdienst. Die außerordentliche Notlage der schlesischen Textilarbeiter ist eine allgemein bekannte Tatsache. Auch wenn diese Arbeiter im Betrieb stehen, können sie auf Grund der äußerst niedrigen Löhne kein menschenwürdiges Leben führen. Die Notlage in den schlesischen Textilgebieten hat sich auch auf

die Finanzen der Kommunalverwaltungen in diesen Gebieten äußerst ungünstig ausgewirkt. Die Gemeinden können ihre Wohlfahrtsaufgaben nur in ganz geringem Maße durchführen. Eine Unterstützung für die ausgesperrten Textilarbeiter ist unbedingt erforderlich.

Der Landtag wolle daher beschließen:

1. Aus staatlichen Mitteln erhalten die ausgesperrten Arbeiter in Schlesien eine Unterstützung. Die zu gewährenden Unterstützung soll nach den Sätzen der Erwerbslosenversicherung an alle ausgesperrten Arbeiter rückwirkend ab 25. Mai durch die Organe der Kommunalverwaltung mit sofortiger Wirkung zur Auszahlung gelangen.
2. Zur Durchführung dieser Aufgaben hat das Staatsministerium einen Betrag von 5 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen und den Kommunen zu überweisen.
3. Die verausgabten Mittel sind auf dem Wege der Umlage durch den Staat von den Textilindustriellen wieder einzuziehen.

Lügenheke der SPD. entlarvt

Das Protokoll über die Ausführungen des Genossen Wollweber im Hauptausschuß des Landtages

Die von uns gestern angeprangerten Lügen des „Vorwärts“ über die Rede des Genossen Wollweber im Landtag, werden von der gesamten Provinzpresse der SPD. nunmehr nachgedruckt mit dem Zweck, die schlesischen Arbeiter, deren Anträge von der SPD. niedergestimmt wurden, zu verwirren. Wir veröffentlichen daher nachstehend das Protokoll des Hauptausschusses über die Rede des Genossen Wollweber. Obwohl das Protokoll nicht die Rede im Wortlaut bringt, geht doch daraus klar hervor, daß der „Vorwärts“ gemein gelogen und die Rede unseres Genossen entstellt hat.

Hg. Wollweber (K.P.) betont, daß sich der kommunistische Antrag von den anderen Anträgen dadurch unterscheidet, daß in ihm in bestimmter Form Mittel für die werktätige Bevölkerung gefordert würden. Aus den Ausführungen der Berichterstatterin könnte man den Eindruck gewinnen, als habe die Regierung alles Mögliche getan, um die Notlage in den Ostprovinzen zu lindern. Aber schon die Darlegungen der beiden Vorredner zeigten ja deutlich, daß im Grunde genommen bisher nichts getan worden sei. Gewiß seien in der Vergangenheit einige Mittel ausgeworfen worden, sie seien aber für Zwecke verwendet, für die die kommunistische Fraktion irgendetwas Mittel zu bewilligen nicht in der Lage sei, so zur Unterstützung industrieller Kreise, für die Kirche, für die Großgrundbesitzer usw. Wenn die kommunistische Fraktion eine Hilfe für die notleidende Bevölkerung im Osten fordere, so wünsche sie gleichzeitig auch Garantien zu haben, daß die bewilligten Mittel den Bevölkerungsschichten zulämen, denen sie nach dem Antrag 317 zugesagt seien. Die Einsetzung eines Fonds von 10 Millionen ohne die Kontrolle des Landtages, ohne die Möglichkeit einer Prüfung durch die kommunistische Fraktion, wofür die Gelder verwendet würden, würde keineswegs eine Linderung der Notlage im Osten bedeuten. Diese Mittel würden dann auch nur so verwendet werden, wie es bisher mit allen anderen Mitteln der Fall gewesen sei. Die kommunistische Fraktion halte an ihrem Antrage fest, sie gehe von der Ansicht aus, daß zur Abstellung dieser besonderen Notlage im Osten, die weit über die Notstände im übrigen Reich hinausgehe, außerordentliche Mittel notwendig seien. Gewiß bestehe sich im ganzen Reich die werktätige Bevölkerung in großer Not, aber die Not in den Ostprovinzen sei doch besonders groß. Als es sich um die Unterstützung der Stadt Strigau und der Grafschaft Glatz gehandelt habe, da sei viel

davon gesprochen worden, daß man den Ostprovinzen helfen müsse. Heute aber erkläre die Regierung, daß auch die in Aussicht genommenen 10 Millionen vorläufig nicht ausgeworfen werden könnten. Erst im Herbst werde sich angeblich eine Uebersicht gewinnen lassen, ob es möglich sei, Gelder für die Abstellung der Not in den Ostprovinzen zur Verfügung zu stellen. Wenn die Bevölkerungsschichten in jenen Gegenden, die auf eine Erleichterung ihrer Lage durch Parlamentsbeschlüsse hofften, jetzt das Verhalten des Preussischen Landtages, des Hauptausschusses kennen lernten, dann würden sie sicher ihre Illusionen verlieren. Die ganze Ophilfe sei bisher nichts anderes gewesen als ein Unterhaltungsthema; praktisch habe man nichts getan. Die Kommunisten würden das der Bevölkerung der Ostprovinzen sagen, sie würden die Forderungen des Antrages Nr. 317 auch in jenen Gegenden vertreten. Wenn die Frage aufgeworfen werde, woher die Mittel genommen werden sollten, so weise er darauf hin, daß man für andere Zwecke Geld in Hilfe und Hilfe übrig gehabt habe. Der ernsthafte Wille, den Werkstätten der Ostprovinzen zu helfen, sei ja bei keiner Partei vorhanden.

Französischer Ministerrat für den Youngplan

Der französische Ministerrat hat beschlossen, das Sachverständigen-gutachten einstimmig zu billigen, und sofort mit den interessierten Regierungen in Verhandlungen über eine baldige Ratifizierung des Young-Planes einzutreten.

Die öffentliche Meinung der französischen bürgerlichen Kreise betrachtet den Abschluß des Young-Planes als einen Erfolg des französischen Imperialismus. Die weitere Politik der französischen Regierungskreise geht dahin, die durch den Young-Plan erreichten Vorteile dadurch zu erweitern, daß man von den Bereinigten Staaten und England einen Schuldenerlaß für Frankreich erlangen will. Dabei ist Frankreichs Position insofern nicht ungünstig, als die verschärften englisch-amerikanischen Gegensätze diese beiden Mächte veranlaßt, zu veräußern, Frankreich als Bundesgenossen zu gewinnen.

Vereinigte Theater
Lobe-Theater | **Thalla-Theater**
 Von Sonnabend, den 15. 6. bis Sonnabend, den 22. 6. täglich 20.15 Uhr
 Saisonverkauf 1929
 Revue im Lobetheater in 12 Bildern
 Texte: Max Ophüls
 Musik von Harry Kalton

Schauspielhaus
 Operettenbühne Tel. 36300
 Täglich 20 Uhr
Letzte Gastspiele
 des Kammerjägers
Serge Abranovic
Friederike
Stadttheater Breslau
 (Opernhaus)
 Theater- und Musik-Woche
 Mittwoch, 19.80 Uhr
 5. Tag
 Abonnements-Vorstellung Serie G 21
 Don Giovanni

Gesellschaftshaus „Gold-Anker“
 Ende Lohestr., 3 Min. v. d. Endst. d. L. 26
 jeden Sonntag
Großer Familien-Tanz
 P. Langer.
 Saal für Vereine und Festlichkeiten zu vergeben

Wandlabhaus Grundmann
 Breslau, Trebnitzer Str. 21
 Belebung d. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Wir liefern
 Plakate
 Briefbogen
 Rechnungen
 Programme
 Einladungskarten
 Flugblätter
 Werke
 Zeitungen
 Zeitschriften
 Rotationsdruck
 Massenauflagen
 prompt und preiswert

PEUVAG
 Papier-Druckerei
 und Verlags-
 Anstalt - Gesellschaft
 Berlin
 Fil. Breslau
 Trebnitzer Str. 50

Genossen!
 Werbt
 neue Leser!

Große Petroleumfunde in der Sowjet-Union

In Tschussowkija Gorodki (bei Solikamsk) im Ural sind von Professor Probrasczenski große Petroleumvorkommen entdeckt worden. Man schätzt den Gesamtvorrat der neuen Felder auf 300 bis 500 Millionen Tonnen. Das Uralpetroleum soll 27 Prozent Benzin und 21 Prozent Leuchtöl enthalten. Der Oberste Volkswirtschaftsrat der UdSSR hat sofort mit den Vorarbeiten zur Ausbeute der Vorkommen beginnen lassen. Der erste Bohrturm ist bereits errichtet; am 1. Juli wird man den Bau des zweiten, am 1. August den Bau des dritten Bohrturmes beginnen. Ferner wird die Errichtung einer großen Raffinerie vorbereitet, und ein provisorisches Reservoir für 8000 Tonnen Naphtha ist schon in Angriff genommen. Auch für die Durchführung des Transportes ist Sorge getroffen: Mit dem Bau einer Chaussee, die die Verbindung zur nächsten Eisenbahnstation herstellen soll, ist begonnen worden. Weiter wird zur Verbesserung der Transportmöglichkeiten das Bett des Tschussowaja-Flusses verläuft und eine provisorische Hafenanlage geschaffen werden. Für weitere Untersuchungen sind bedeutende Mittel bereitgestellt worden. **Chemicus.**

Natur- und Kokereigas

Das Naturgas, das in Amerika dem Erdboden in riesigen Mengen entströmt, bildet dort eine ergiebige Quelle verschiedener industrieller Stoffe. Der Hauptbestandteil des Naturgases ist das Methan, dessen fabrikmäßige Ausnutzung sich als recht lohnend erwiesen hat. So kann man aus dem Methan (über Aethylchlorid) Glykol darstellen, das in neuerer Zeit eine große Zahl anderer Stoffe in vorteilhafter Weise ersetzt hat. Bezeichnend ist das Ansteigen der Produktionsziffer von Glykol aus Naturgas: 1926 2000 Tonnen; 1927 6000 Tonnen; 1928 15000 Tonnen.

Diese rasche Zunahme der Glykolerzeugung wird zum großen Teil verständlich, wenn man weiß, daß es in der — so lebenswichtigen — Sprengstoffindustrie gebraucht wird. „Und in Anbetracht der unaufhaltsam fortschreitenden Abrüstung u. s. i.“ Also: Glykol kann bei der Dynamitfabrikation in Mengen von 10 bis 15 Prozent als Ersatz für Glycerin dienen, dessen Bedarf in der amerikanischen Sprengstoffindustrie jährlich 20000 Tonnen beträgt. Durch den Zusatz von Glykol wird auch die Gefahr vorzeitiger Explosionen vermindert. Auch als Gefrierschutz für die Kühler von Kraftfahrzeugen hat sich Glykol sehr gut bewährt. Von vorzüglichem Eisenschmelzen ist das aus Glykol hergestellte Lösungsmittel für Zellulose-Lacke (Aethylster). Ein sonst vielfach für diese Zwecke gebrauchtes Lösungsmittel, Tetrachlorkohlenstoff, ist erheblich teurer. — Ferner lassen sich aus dem Naturgas noch Hilfsstoffe für die Seifen- und Kautschukindustrie herstellen.

In der deutschen Industrie ist Glykol ebenfalls nicht unbekannt. Während des Krieges war es hier als Glycerinersatz hoch geschätzt. Später hat die Fabrikation wieder nachgelassen. Es besteht aber die Möglichkeit, Glykol aus dem bei der Kohlevererdung und bei der Verkokung in bedeutenden Mengen abfallenden Methan zu gewinnen. Dies, sowie die kürzlich gelangene Verwandlung des Methans in das kostbare Acetylen zeigt, daß sich aus der zunehmenden chemischen Verwertung der Kokereigas-Verbindungen zwischen Montanindustrie und chemischer Industrie entwickeln, die — nach Verzicht vorübergehender Gegensätzlichkeiten — zu einer „Einigung“ zwischen Chemik- und Montanindustriellen, und somit zu einer Festigung der Monopolherrschaft der Industriekapitäne führen werden. **Chemicus.**

Beryll — ein neuer Werkstoff

Eigentlich hat das Metall Beryllium schon ein recht ehrwürdiges Alter. Bereits vor hundert Jahren wurde es entdeckt. Aber erst in der letzten Zeit ist es gelungen, das Beryllium technischen Verwendungszwecken zuzuführen. Wegen seines sehr hohen Schmelzpunktes (1300 Grad) ist dieses Metall äußerst schwer zugänglich. Jetzt kennt man jedoch Verfahren, die eine verhältnismäßig wirtschaftliche Darstellung gestatten. Wie auf dem Chemikerkongreß in Breslau vor kurzem berichtet wurde, besteht die Aussicht, die Gewinnung des Berylliums bei steigender Verwendung noch weiter zu verbilligen.

Beryll zeichnet sich vor allem durch sein geringes Gewicht aus. Es ist noch leichter als Aluminium. Eine weitere vorteilhafte Eigenschaft ist seine Durchlässigkeit für kurzwellige Strahlen. Auch hier übertrifft Beryll das Aluminium, denn es läßt Röntgenstrahlen 17mal besser durch. Es kann also für Röntgenröhren u. dgl. Anwendung finden. Eine große Bedeutung wird Beryll anscheinend für Legierungen bekommen. In Amerika versucht man, es mit Aluminium und anderen Leichtmetallen zu legieren. In Deutschland hat man dagegen mit Legierungen von Beryll und Schwermetallen überraschende Erfolge erzielt. Bronzen aus Kupfer mit einem Gehalt von nur 6 bis 7 Prozent Beryllium zeigen hohe elektrische Leitfähigkeit und chemische Widerstandsfähigkeit. Außerdem lassen sie sich in der Kälte leicht bearbeiten und durch nachträgliche Erwärmung auf die Härte des härtesten Stahles bringen. Daher stellen sie ein ausgezeichnetes Material für Konstruktionsteile dar, die chemisch und mechanisch stark beansprucht werden, etwa für Kontakfedern z. B. bei den Fahrgestellen der Flugzeuge. Vielleicht lassen sie sich sogar für Wellen an Zeppelin-Motoren verarbeiten. Auch für Eisen scheinen durch Legierung mit Beryllium Vergütungsmöglichkeiten zu bestehen.

Es lassen sich also heute schon für dieses Metall, dessen Darstellung in den Händen der Firma Siemens u. Halske liegt, recht zahlreiche Verwendungszwecke feststellen. Damit vermehrt es die Zahl derjenigen Metalle, die, nachdem sie erst in jüngerer Zeit erhöhte Beachtung gefunden haben, erfolgreich in die Gebiete der „älteren“ Metalle eingedrungen sind und so auch zu wirtschaftspolitischen Verschiebungen und Interessenkonflikten zwischen den großen Metalltrusts Anlaß gegeben haben. **Chemicus.**

Nichtsplitterndes Glas

In Deutschland wird man jetzt die Fabrikation des sogenannten nichtsplitternden Glases in großem Umfange beginnen. Bekanntlich wird ein sehr hoher Prozentsatz der Verletzungen bei Verkehrsunfällen durch Glassplitter verursacht, so daß die Herstellung des Sicherheitsglases einem tatsächlichen Bedürfnis entspringt. Im wesentlichen besteht ein solches Glas aus zwei Glasscheiben, die durch eine durchsichtige Mittel-

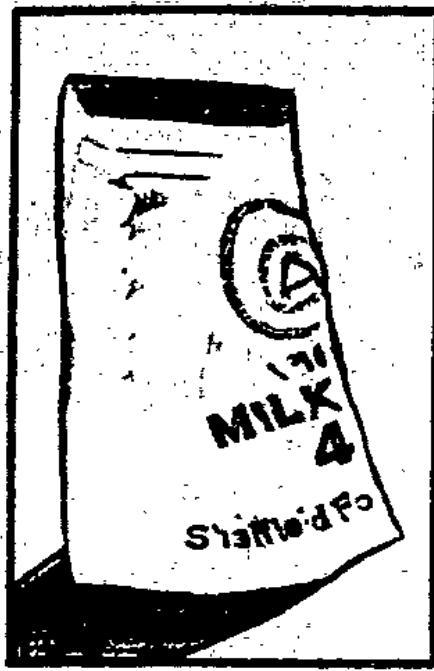
Arbeiterbriefe aus Dollaria

1. Neuyork, April 1929.

Milch in Tüten.

Seit vierzig Jahren wurde die Milch, in den bekannten Milchflaschen verpackt, in die amerikanischen Haushaltungen geliefert. Die Zeiten werden vorbei sein, ehe man noch in Deutschland das mittelalterliche Aus-der-Kanne-vertreiben vergessen haben wird.

Die Pappmilchtüten haben den Flaschen außer dem geringeren Gewicht, das den Transport verbilligt, folgendes voraus: Ebe die Milch in die Flaschen oder Tüten gefüllt wird, wird sie durch „Pasteurisieren“ (längeres Erhitzen auf 65 Grad) keimfrei gemacht. Das Pasteurisieren hat gegenüber dem Aufkochen den Vorteil, daß die Bazillen vollkommen getötet werden, während die Milch an Geschmack und Nährwert fast nichts verliert. Das macht also sowohl die Flaschen- wie die Tütenmilch wertvoller als die in Kannen verteilte. Um die Milch in die Flaschen zu füllen, mußte sie etwas warm gehalten werden, weil sie sonst durch den engen Hals des Gefäßes überschäumte. Diese Vorsichtsmaßregel braucht bei den Tüten, die vor dem Verschließen weit offen sind, nicht beachtet zu werden. Tatsächlich wird die Milch bei 0 Grad eingefüllt, das ist eine Temperatur, bei der kein Bazillus, der in die Milch nach der Pasteurisierung eintreten könnte, lebensfähig ist.



Aber der springende Punkt ist natürlich der Kostenpunkt. Die Flaschen kosten ungefähr 7 Cent, und sie machen selten mehr als vier Runden. Das ist also etwa 2 Cent für den Liter. Die neuen Tüten, die aus Pappe sind, welche mit einer entkeimten Paraffin(Wachs-)schicht überzogen ist, werden sich auf 1 1/2 Cent stellen.

Der Patentverschluß hält so dicht, daß man die Milch fünf Wochen lang in den Tüten frisch gehalten hat.

Die Nachricht in einer Neuyorker Zeitung über die neue Erfindung schloß mit dieser frommen Bemerkung: „Der Verlust der Milchhändler an zerbrochenen und nicht zurückgegebenen Flaschen übersteigt in den Vereinigten Staaten 15 000 000 Dollar jährlich. In Neuyork allein ist der Verlust 2 500 000 Doll. Man sagt, daß mit der weiteren Verbreitung der Tüten die Milchgesellschaften imstande sein werden, den gesteigerten Gewinn an die Verbraucher abzuführen.“

Wer lacht da?

schicht aufeinandergepreßt sind. Dieses Sicherheitsglas kann bei Zusammenstoßen zwar brechen, aber nicht splintern.

Vor dem Kriege gab es bereits Verfahren zur Fabrikation des sogenannten Triplexglases. Die Herstellungskosten lagen aber so hoch, daß es nicht allgemein eingeführt werden konnte. In Deutschland werden seit kurzem von einer Firma außer einzelnen teuren Luxusautomobilen serienmäßig die Horchwagen und die Windschutzscheiben der Fordwagen mit Kinoglas, das nach dem Triplex-Verfahren hergestellt wird, ausgestattet. Auch das Deutsche Spiegelglas-Syndikat hat jetzt nach Untersuchung verschiedener Verfahren eine Verbundglasfabrik errichtet. Wenn das Verfahren an sich rentabel ist, so stellt die Sicherheitsglas-Fabrikation für die Spiegelglasindustrie ein besonders einträgliches Geschäft dar, denn es wird ja immer die doppelte Anzahl Quadratmeter Verbundglas pro Wagen benötigt. Auch die chemische Industrie dürfte dabei nicht uninteressiert bleiben, denn sie wird doch die Verbindungsmasse der Mittelschicht liefern.

Die Massenverkehrsmittel der Großstadt werden allerdings kaum mit dem Sicherheitsglas, das immer teurer als das gewöhnliche Glas sein wird, ausgestattet werden. Es genügt, wenn die Luxusautomobile der Bourgeoisie einen ausreichenden Grad von Sicherheit aufweisen! **Chemicus.**

Zunahme der Motorschiffe

Nach den neuesten statistischen Zahlen hat der Bau von Motorschiffen gegenüber dem Bau von Dampfern eine stetige Zunahme erfahren. Es wurden in der Welt an Brutto-Registertonnen gebaut:

	Motorschiffe	Dampfer
1922	150 000	1 750 000
1923	210 000	1 400 000
1924	470 000	1 660 000
1925	810 000	1 300 000
1926	690 000	900 000
1927	850 000	1 340 000
1928	1 170 000	1 510 000

Während im Jahre 1922 also nur etwa 8 Prozent aller erbauten Schiffe Motorschiffe waren, waren es 1928 schon 44 Prozent, d. h. beinahe die Hälfte aller erbauten Schiffe. — Interessant ist, daß hauptsächlich größere Schiffe den Motorantrieb erhalten haben, und zwar fast nur Schiffe von 8000 Tonnen und mehr, während für die kleineren Schiffe noch der alte Dampfantrieb beibehalten wurde.

Das Motorschiff hat nicht mehr die maschinellen Einrichtungen der Dampfer, Kohlentour, Kessel und Dampfmaschine, sondern es hat zum Antrieb Dieselmotore, die mit Schweröl arbeiten. Damit hat der Dieselmotor sich endgültig auch für den Bau großer Schiffe durchgesetzt, — zum Antrieb von U-

Gaskrieg — ein Kinderspiel.

Wie die Bewohner der großen Städte sich im Falle eines Krieges vor Gasangriffen schützen können, das liegt dem Kriegsministerium der Vereinigten Staaten von Amerika sehr am Herzen.

Die Neuyorker Zeitung „The World“ hat die Frechheit, ihren Lesern darüber folgende Nachricht aufzutischen:

Major Gen. Amos Fries, der Leiter der chemischen Kriegsabteilung, sagt, daß man auf alles vorbereitet ist. Aber er ist bei aller Grausamkeit seines Handwerks noch „menschlich“. Zum Troste der empfindsamen Pazifisten sagt er: „Das Hauptgewicht wird auf das Senfgas gelegt, welches kampfunfähig macht, aber nicht unbedingt tödlich wirkt.“

Nachdem er so seine Großmut den Feinden gegenüber bekundet hat, zeigt er, daß ihn das Schicksal seiner Landsleute, die ja unvermeidlicherweise durch den Gaskrieg auch gefährdet werden könnten, ebenfalls mit Sorgen erfüllt. „Die Vereinigten Staaten“, sagt er tröstend, „haben die wirkungsvollste Gasmaske der Welt hergestellt. Er glaubt, daß sie noch besser als die englische ist. Große Vorräte dieser Masken sind in den verschiedensten Teilen der Vereinigten Staaten aufgestapelt, in Panama (!), Hawaii (!), den Philippinen (!) und anderen strategischen Punkten, wo sie jeden Augenblick zur Verfügung stehen.“

General Fries tröstet vor allen Dingen die armen Neuyorker: „Die Gefahr von Gasangriffen auf dichtbevölkerte Gebiete ist nicht so groß, wie man meistens denkt. Sie ist nicht so groß wie die von Flugzeugsbomben.“

Die Hausbewohner haben nur in einen höferegelegenen Raum zu gehen, das Schließloch zu verstopfen und die Ritzen mit Papierstreifen zu verkleben, und sie werden sicher sein, bis der Sauerstoff der Luft erschöpft ist. Um aber dem vorzubeugen, kann eine besondere Büchse in die Tür eingesetzt werden, durch die die Luft beim Durchdringen gereinigt wird.“

Ich muß sagen, daß mir die Kindlichkeit amerikanischer Zeitungsartikel nie krasser in die Augen gesprungen ist als hier.

Man bedenke: „The World“ ist eine der größten Neuyorker Zeitungen. Sie gibt nicht ein Wort der Kritik zu diesem albernen Geschwätz. Und ich bin überzeugt, viele Leser dieses Artikels, Bürger, Spieler und leider auch Proleten, verschlucken die Nachricht mit gläubiger Andacht. Wenigen werden Gedanken folgender Art kommen:

1. Was tun, wenn die Gasschutzabteilung rät, auf den Trockenboden zu klettern, während das Büro für Flugzeugschutz den Neuyorkern das bombensichere Kellergeschoß empfiehlt. Oder beabsichtigt man etwa dem Kellogg-Pakt einen Zusatzartikel beizufügen, demzufolge Gas- und Luftangriffe nie zu gleicher Zeit stattfinden dürfen, damit die armen Bürger per Express-Fahrschlüssel von der Bodenkammer in den Keller sausen können, ehe die Kampfmethoden gewechselt werden.

2. Wie soll man all die Ritzen, die sich in den Neuyorker Türen befinden, zukleben, ohne inzwischen von dem eindringenden Gase betäubt zu werden?

3. Wo ist der Bohrer und die „besonderen Büchsen“, die in die Tür eingesetzt werden müssen, um den zur Neige gehenden Sauerstoffvorrat zu erneuern? Hat man schon angefangen, die Neuyorker in allen Handfertigkeiten zu unterrichten? Und ich möchte noch die eine Frage zufügen:

4. Könnte der General Fries, der all diese kindlichen Nachrichten verbreitet, nicht mal persönlich diese Abwehrmaßnahmen vorführen? Sollte er lebend aus dem Versuch hervorgehen, so könnte man schließlich seine Vorschläge erwägen...

Die Bevölkerung, so wie er es tut, in Sicherheitsgefühle einzulullen, ist einfach ein Verbrechen.

Booten wurde er schon lange benutzt. In einer fernen Zukunft wird es also auch kaum noch „Dampfer“ geben, sondern nur noch Motorschiffe. Der Dampfer verdrängt das Segelschiff, das Motorschiff den Dampfer — wer wird das Motorschiff verdrängen?

Metall als Heilmittel

Das Metall Wismut hat in neuerer Zeit für die Herstellung medizinischer Präparate eine wachsende Bedeutung erlangt. Die Zunahme des Wismutverbrauchs wird durch die ausreichenden Wismutvorkommen begünstigt. (Die deutschen Wismuterg-Lagerstätten können Inlandverbrauch und Export decken.) Aber besonders beliebt sind die Wismutverbindungen für Heilzwecke — sogen. Wismutsubnitrat ist gegen Magen- und Darmkrankheiten sowie zur Heilung von Geschwüren und Brandwunden äußerst wirksam. Das Wismutsalz der Gallussäure, ebenfalls ein Heilmittel gegen Magen- und Darmkrankheiten, stellt ein vorzügliches Wundstreuipulver dar. Auch für Salben wird es mit großem Erfolge verarbeitet. Sogar gegen Typhus und Cholera existiert ein Wismutpräparat, das Salz der Salizylsäure. Dieses Wismutsubsalizylat wird auch als Desinfektionsmittel verwendet. Die wertvollste Eigenschaft des Wismuts ist zweifellos seine — erst nach dem Kriege entdeckte — Heilkraft gegen Geschlechtskrankheiten. Von diesen und allen sonstigen Erfolgen der pharmazeutischen Chemie werden die werktätigen Massen keine tatsächlichen Nutzen haben, weil der Verkauf von Heilmitteln für die Chemieindustriellen, an der Spitze die I.-G.-Farben, eines ihrer einträglichsten Wuchergeschäfte darstellt. **Chemicus.**

WEISST DU SCHON

Daß das erste Kali-Bergwerk der Sowjetunion in Solikamsk bereits jetzt erweitert wird? Der Ausbau der zweiten Grube ist schon begonnen; ebenfalls der Bau eines großen Elektrizitätswerkes, das die Kaligruben sowie sämtliche Hilfsbetriebe des Kalitrusts mit elektrischer Energie versorgen wird.

Daß man in den Kohlenbergwerken Virginias als Sprengmittel flüssige Kohlensäure einzuführen versucht? Die flüssige Kohlensäure wird in Stahlflaschen mit einem Weichmetallverschluß versehen, der dem normalen Druck standhält. Im Bohrloch steigert man durch elektrische Heizung den Kohlensäuredruck soweit, bis das Verschlußstück herausgedrückt wird. Die entweichende, gasförmige Kohlensäure hat dann die gewünschte Sprengwirkung.

Max Hoelz spricht Freitag 20 Uhr im Zirkus Busch, Luisenplatz

Empfang der Genossen Hoelz am Hauptbahnhof 19.30 Uhr
West: Um 19 Uhr, vom Striegauer Platz
Süd: Um 19 Uhr, von Friedhofstraße, bei Zanke
Zentrum: Um 18.45 Uhr am Neumarkt
Nordost: Um 19 Uhr, vom Bauschulplatz
Nord: Um 19 Uhr, vom Weissenburger Platz

Breslau

Den Breslauer „Linken“ gewidmet

Von H. Liebers.
Preisend mit viel schönen Reden
Ihre freiste Republik,
Und mit Singen und mit Beten,
Phrasenschwall und Leisetreten
Und mit Schiebung und Geschick
Hat die SPD. getagt —
Unverzagt!
Otto Wels, der frohe Zecher,
Wart sich kühn in Positur:
„Wird die KPD. noch frecher,
Komm' ich mit der Diktatur!“
Ihn lockt Mussolinis Spur —
Dürstig leert er seinen Becher.
Sollmann piepst in sanften Tönen:
„Ihr müßt euch jetzt angewöhnen,
Immer tolerant zu sein
Gegen Gott und alle Frommen,
Auf daß noch mehr Pfarrer kommen
Zu uns, in die SPD.“ —
Ehr' sei Gott in der Höh!
Müller, Breitscheid, Hilferding,
Landsberg, Braun und Severing
Lobten Deutschlands Staatsverfassung,
Preußens Konkordatsverpflichtung;
Wehretat und neue Steuer —
Und die „Linko“ hat voll Feuer
Tagelang — das Maul gehalten.
Laßt den lieben Gott nur walten,
Alles bleibt beim Alten!
Ob die „Rechten“, ob die „Linken“,
Mir scheint, daß sie alle stinken
Nach dem Futterkrippengaul.
Glücklich falten sie die Hände:
Der Parteitag ist zu Ende.
Oberfaul!

Tödlicher Straßenunfall

Am Dienstag gegen 11 1/2 Uhr wurde der 62 Jahre alte Steinbrecher Bernhard Lewandowski aus Groß-Strehlitz auf der Gartenstraße vor dem Grundstück 104 von einem Motorwagen der Straßenbahn Linie 7 angefahren und zur Erde geschleudert. Er erlitt einen Schädelbruch, an dem er im Wenzel-Hande-Krankenhaus verstorben ist. Da die Schuldfrage noch nicht geklärt ist, werden Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben, ersucht, sich im Polizeipräsidium, Zimmer 352, zu melden.

Die Eintrittskarten zur Hoelz-Rundgebung

sind bei allen Parteifunktionären sowie in der Buchhandlung Feldstraße 50, in der „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50, im Roten-Hilfs-Büro, Freiheitsgasse 2, im Vorverkauf zu haben. — Eintritt 30 Pfg., Erwerbsteife 20 Pfg. An der Kasse 50 Pfg.

Ein Protest der Arbeiter-Angler

Vom Vorstand des Arbeiter-Anglervereins wird uns geschrieben: Was vor einem Jahre gemunkelt wurde, ist jetzt zur Wahrheit geworden. In unserem Bachtgewässer, im Klutkanal, liefert sich die schlesische Ruderregatta am 29. und 30. Juni ihr Rennen. Statt über unsere Köpfe hat die Strombehörde die Genehmigung dazu erteilt. Von uns Arbeiter-Anglern verlangt man die strikte Innehaltung des Bachtvertrages. Im § 7 unseres Vertrages ist das Betreten der Böschungen sowie des anstößenden Geländes verboten. Ob man gegen die Zuschauer und Gäste diesen Paragraphen auch anwenden wird? Mit welchem Recht werden den Anglern, die ihre Karte bezahlt haben und im Besitz ordnungsgemäßer Papiere sind, gewisse Stellen zum Betreten des Geländes an diesem fraglichen Tage verboten? In einem Teil sind uns bereits drei Kilometer gesperrt worden, im anderen Teil können wir uns nur Badegästen kaum rühren. Der Vertrag gilt bloß für uns Arbeiter-Angler. Hier muß endlich einmal Ordnung geschaffen werden. Wird es nicht mit Hilfe der zuständigen Behörden gehen, dann greifen wir zur Selbsthilfe. Die Nichtachtung als Arbeiter-Angler halten wir auf keinen Fall mehr aus.

Parteigenossen vom Stadteil Zentrum

Heute Mittwoch kommen alle Genossen, die rechts der Oderstraße wohnen, zur Zellensammlung um 20 Uhr in das Lokal Arndt, Malergasse.

Breslauer Saal- und Stadionsporifest am 22. und 23. Juni

Das Arbeiter-Sportkartell gibt bekannt, daß dieses Jahr der Festzug, anlässlich des Reichsarbeiter-Sporttages am 23. Juni, schon mittags 12.30 Uhr (1 Stunde früher als in den vergangenen Jahren) vom Stellplatz Margaretenstraße und Umgebung, abmarschiert. Die Eltern unserer Schüler und Schülerinnen, Sportler und Sportlerinnen sowie alle Stadionbesucher sind schon heute darauf hingewiesen. Gleichzeitig wird gebeten, die Eintrittskarten zum Saalsporifest im Gaverichshaus, am 22. Juni, sowie zum Stadionsporifest, am 23. Juni, schon im Vorverkauf zu entnehmen, besonders zum Saalsporifest, infolge der beschränkten Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze. Vorverkauf 50 Pfg., Kasse 70 Pfg.

Schwerer Unfall. An der Ecke Laurentien- und Königgräber Straße ereignete sich gestern 20 Uhr ein schwerer Motoradunfall. Der Führer namens Anton Weisler aus Godel D.G. überfuhr die

In der Auktions-Kammer

Breslau, 19. Juni.
Gräbischer Straße 85 befindet sich die Pfandkammer der Obergerichtsvollziehers. Dort werden die Gegenstände, die aus Wohnungen oder Läden heraus gepfändet wurden, oder die bei einem Konkurs übrig bleiben, öffentlich versteigert.
In dem viel zu kleinen, sehr unheimlichen Raum herrscht ein fürchterliches Gedränge. Der größte Teil der „Bieter“ sind Händler. Trotz aller verständlichen Gegnerschaft untereinander halten sie gegenüber den „Fremden“ doch zusammen. Und da sie meist mit den Lagatoren auf einem sehr guten Fuße stehen, ist es dem Privatbieter einigemmaßen schwer, gegen sie aufzukommen.
Möbel scheinen die beliebtesten Pfändungsobjekte zu sein. Der ganze Raum ist mit ihnen vollgepfropft. Vom altersschwachen Stuhl ohne Lehne bis zum vornehmen Mahagoni-Bücherschrank und dem eleganten schweren Büffet.
Mit gleichbleibender Monotonie nennt der Ausrufer die gebotenen Summen, wiederholt sie, wartet einen Augenblick, um ein höheres Angebot zu bekommen, bis der Gerichtsvollzieher den Abschlag vornimmt. Ein energischer Schlag mit dem Holzhammer auf den Tisch — eine Ware hat einen neuen Besitzer gefunden.
Manchmal kommen die Käufer billig zu ihnen, manchmal aber werden die Preise sehr in die Höhe getrieben. Die Konkurrenz der Händler untereinander, zu der etwas von der Verbissenheit eines Sammlers hinzukommt, der bei Kunstauktionen ein Bild, eine Statue oder ähnliches auf jeden Fall besitzen will, führen zu oftmals überraschend hohen Angeboten.
Eine Schreibmaschine wird auf den Versteigerungstisch

Witwa-Theorie und Wohnelend-Praxis

Anfragen, die keines Kommentars bedürfen

In die Redaktion kommt ein erwerbsloser Arbeiter und macht folgende Angaben: Ich bin seit etwa einem Jahre verheiratet. Meine Frau wird bald niederkommen. In der Wipe der Wohnungsuchenden bin ich unter Nr. 98 332 eingetragen. Das Wohnungsamt lehnt ab, mich als dringend vorzumerken. Alle meine bisherigen Bemühungen, eine Wohnung zu erhalten, scheiterten. Selbst die Eingaben an den Reglerungspräsidenten und an das Wohlfahrtspflegeamt hatten kein Resultat. So bin ich nun gezwungen, in folgenden Verhältnissen zu „wohnen“:
Ich wohne immer noch bei meinen Eltern. Die Wohnung der Eltern besteht aus einer kleinen zweifenstrigen Stube und Küche. Darnin hausen acht Personen. In dem engen Raum können nur drei Bettstellen aufgestellt werden. Meine Frau ist gezwungen, bei ihren Eltern zu übernachten. Diese Wohnung ist noch kleiner als die Wohnung meiner Eltern. Sie besteht ebenfalls aus einer einfenstrigen Stube und Küche, in denen auch acht Personen wohnen müssen.
Die Eltern des Arbeiters wohnen auf der Viktoriastraße 31 und die Eltern seiner Frau auf der Brandenburger Straße 8.

Der Arbeiter D., zurzeit wohnhaft auf dem Boden des Hauses Laurentiusstraße 26 gibt an: Am 1. Mai wies mir das Wohnungsamt eine Wohnung an der Kreuzkirche 7/8 zu. Als ich die Wohnung beziehen wollte, stellte es sich heraus, daß ein Werkmmeister mit seiner Frau die Wohnung besetzt hatten und sie nicht freigeben wollten. Ich

Verkaufserin Frida Wallasch, die schwere innere Verletzungen sowie solche am Oberarm davontrug.
Die Maltätigkeit des Schlachthofes. Im Monat Mai 1929 wurden im Schlachthof geschlachtet und untersucht: 318 Ochsen, 1668 Bullen, 1455 Kühe, 521 Jungkühe, 8740 Kälber, 15 567 Schweine, 1887 Schafe, 46 Ziegen, 16 Fuhde, 174 Pferde. — Als untauglich zur menschlichen Nahrung wurden der Tierkörperverwertungsanstalt überwiesen: 39 Kinder, 21 Schweine, 12 Kälber, 2 Schafe, zahlreiche Organe und Organteile.
Wer ist der Tote? Am 17. Juni wurde an der linken Oberuferseite, vierte Bühne unterhalb des neuen Hafens, eine unbekannte männliche Leiche gefunden. Der Tote ist vermutlich mit der Person identisch, die am 13. d. M. gegen 23.30 Uhr in selbstmörderischer Wut von der linken Oberufer-Eisenbahnbrücke vom Elektrizitätswerk aus in die Oder sprang. Beschreibung: 1,75 Meter groß, plattes, kurzes, hellblondes Haar, hellblonder, kurz geschnittener Schnurrbart, Bekleidung: graues Jackett, graue Hose, zwei Hemden, kurze Sportstrümpfe, gelbe Halbshuhe. Nachrichten über die Persönlichkeit des unbekanntem Toten erbittet die Kriminalpolizei, Eichhornstraße, Zimmer Nr. 347.

Sonnenwendfeier der Freidenker. In diesem Jahre wird zum erstenmal der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung für seine Mitgliedschaft eine Sonnenwendfeier größeren Stils veranstalten. Wie uns mitgeteilt wird, veranstaltet diese Organisation am kommenden Sonntag um 16 Uhr im „Neften Keller“ an der Bebestraße ein Fest, an dem der Männerchor Breslau, sowie mehrere Klaffen der Sammelschulen, soweit die Eltern Mitglieder des Verbandes sind, mitwirken. Die musikalische Umrahmung wird von der Neugebäudekapelle bestritten. Der Eintritt ist frei für Mitglieder sowie eingeführte Gäste. Die Veranstaltung soll den Charakter einer freigeistigen Sonntagsgesellschaft annehmen.

Eine neue Künstlerstiftung. Das Presseamt schreibt uns: Der am 11. September v. J. verstorbene Landschaftsmaler Professor Carl Morgenstern hat sein Vermögen und die Villa Morgenstern in Steinheissen bei Krummhübel nebst Inventar sowie wertvolle Bilder zur Errichtung einer Carl- und Elisabeth-Morgenstern-Stiftung vermacht. Die Stiftung ist ein Studien- und Erholungsheim für bedürftige schlesische und in Schlesien geborene Künstler, vorzugsweise für Maler, und ihre Familien. Auskünfte werden durch das Magistratsbüro XV, Königstraße 4, Fernsprecher Magistrat 3183, erteilt.

gebrächt. Die Angebote lagen sich. Fünftausend gehen sie in die Höhe. Einer will den anderen überbieten. Mit 180 Mark. kommt der schließlich ihren neuen Herrn. Ein Bieter kommt dann mit 20 Mark. ist das erste Angebot. Zu diesem Zeitpunkt hat es noch viele Interessenten. Nach 100 Mark fallen die meisten ab. Bis auf 150 Mark steht, kämpfen nur noch zwei: ein Händler und ein Gelehrter. 160 — 165 — 170 — 175 — — — haarscharf werden diese Summen in den Raum geschrien. Die Unterhaltung der Auktion ist eingestellt worden. Jeder verläßt den Kampf der beiden, die ihn fast mit der Leidenschaftlichkeit eines Spielers führten. Der Preis liegt schon weit über 200 Mark. In jedem neuen Angebot klingt ein gewisser Triumph, 245 hat der Händler gefagt, 250 legt die Frau dagegen, und es kann nicht überbietet werden, daß sie sich zumindes für einen Augenblick als Sieger über den Gegner fühlt, bis dieser wieder mit ebenfolchem Ton sein 255 hinausstreit. Bei 255 laut er ab, sie hat das Büffet zu einem Preise, der unter normalen Umständen nicht erreicht worden wäre.
Aber nicht alles geht gleich in die Hunderte. Manchmal begnügt man sich auch damit, Groschen anstatt Mark weiterzugeben. Hier treten kleine Händler auf, die wenig kaufen können und auch wenig an den gelauteten Gegenständen verdienen.
Stundenlang gehen die Versteigerungen. Tag für Tag. Unzählige Sachen finden ihre neuen Besitzer. Wie wenige von ihnen denken aber daran, daß mit dem neuerwerbenden Gut viel Not und Elend, manche gealterte Existenz verbunden ist, die dem Grundgesetz des Kapitalismus — die Großen zerschmettern die Kleinen — unterlag.

Witwa-Theorie und Wohnelend-Praxis

wandte mich an das Wohnungsamt. Das Wohnungsamt ersuchte unter dem 14. Mai das Polizeikommissariat, die Zwangsäumung der Wohnung zu veranlassen. Heute ist der 16. Juni — die Zwangsäumung ist immer noch nicht durchgeführt. Ich bin gezwungen, mit meiner Familie auf dem Boden zu hausen. Früher wohnte ich bei meiner Schwiegermutter. Doch erhielt meine Mutter eines schönen Tages von dem Hauswirt folgendes Schreiben:

An
Witw. Frau G.
Hier.
Ihr Schwiegerjohn mit Familie, Herr D., wohnt schon seit einiger Zeit bei Ihnen. Als Sie Ihren Schwiegerjohn aufnahmen, versicherten Sie mir, daß dieser mit seiner Familie nur vorübergehend bei Ihnen Aufnahme gefunden hätte, da ihm Wohnung zugewiesen wird. Wie Ihr Schwiegerjohn mir erklärte, wurde ihm auch Wohnung nachgewiesen. Es wird Ihnen bekannt sein, daß das Halten von Schlafburken nur mit Genehmigung des Hauswirts zulässig ist. Ich versage Ihnen hiermit die Genehmigung zur weiteren Beherbergung der Familie D. und ersuche um Entfernung dieser Familie aus Ihrer Wohnung und meinem Grundstück bis zum 1. Juni 1929.
gez. Wilhelm Ulrich.

Durch diese Drohung eingeschüchtern, haben wir uns entschlossen, auf den Boden zu ziehen. Meine mehrmaligen Anfragen bei dem Wohnungsamt, wie es denn eigentlich um meine Wohnung stehe, hatten bisher kein greifbares Resultat. Mir wurde nicht einmal eine konkrete Antwort gegeben.

Am den Neubau der Städtischen Sparkasse. Das Preisgericht in dem engeren Wettbewerb der Erlangung von Entwürfen für den Neubau der Städtischen Sparkasse hat den 1. Preis von 5000 RM. dem Entwurf des Architekten Heinrich Kump, Breslau, den 2. Preis von 2600 RM. dem Entwurf der Architekten Heim und Kemper, Breslau, den 3. Preis von 1600 RM. dem Entwurf des Architekten Grau, Breslau, zuerkannt. Sämtliche eingegangenen Wettbewerbarbeiten können von Sonntag, den 16. bis Sonntag, den 23. Juni einschließlich im Lichtloft des Museums für Kunstgewerbe und Altertümer, Graupenstraße, während der üblichen Besuchszeiten, das ist werktäglich — mit Ausnahme des Montags — von 10—1 Uhr und Sonntags von 11—2 Uhr bei freiem Eintritt besichtigt werden.
Chausseesperrung. Wegen Leerung wird die Chaussee von Groß-Maslowitz bis Herrnpolitz von sofort auf etwa vier Tage für Fahrzeuge aller Art ganzseitig gesperrt. Der Anliegerverkehr wird hiervon nicht betroffen. Verlehrsleitung erfolgt über Neustablowitz nach Maßgabe der aufgestellten Umleitungshilber.
Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerverein. Kennfahrt: Donnerstag 19 Uhr vor der Versammlung Arbeitsdienst in der Rischtschule. Freitag 20 Uhr müssen sämtliche Kollersfahrer im Gewerkschaftshaus zur Generalprobe erscheinen.

Versammlungskalender
Rott. Arbeiterjugendverband
Breslau
— Mittwoch 20 Uhr öffentlicher Beisitz bei Berger, Sebanstraße, Ecke Reuborstraße. Thema: Jugend in Ketten.
— Gruppe Schottländer, Zelle 1 und 2. Donnerstag 17.30 Uhr Generalversammlung in der „Stadt Kamslau“, Maltheplatz 212. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.
Jung-Spartakus-Bund
Breslau
— Gruppe Lenin, Zelle 1 und 2. Mittwoch 17.30 Uhr Beisitz bei Berger, Sebanstraße.
Roter Frauen- und Mädchenbund
Breslau
— Heute Mittwoch 19.30 Uhr Freiburger Straße 17, 3. Stock. Probe zur Veranstaltung am Sonnabend in Deutsch-Lissa.
— Freitag Eintritt aller Abteilungen sämtlich 18.30 Uhr am Neumarkt zur Abholung von Max D. o. s. a.
Sonstige Organisationen.
Breslau
— Gefangenen-Ges. Mittwoch 19.30 Uhr gemischter Chor im „Roteu Boden“, Kupferschmiedestraße. Sangeslustige Genossen sind willkommen.
— Monatliche Gemeinde. Mittwoch 20 Uhr im Saal Grunhardsstraße 14/16. außerordentliche Gemeindeversammlung. Eintritt nur für Mitglieder.
— Gruppe „Rote Hilfe“. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung in den „Union-Bierstuben“. Wichtige Tagesordnung.

Waldenburger Bergland

MAX HOELZ in Waldenburg!

Hoelz spricht am Sonnabend, den 22. Juni, 1929, 18.30 Uhr, in Dittersbach, im Lokal „Tiefbau“. Anschliessend an die Kundgebung **Demonstration**

nach Waldenburg zur gr. öffentl. Kundgebung **auf der Viehwelde**

Zur **Abholung** des Genossen Hoelz treffen sich die Arbeiter u. Arbeiterinnen geschlossen um **17.20 Uhr**, auf d. Bahnhof Dittersbach.

Die Zwangswirtschaft ist den Hausbestimmern ein Dorn im Auge

Aus Nieder-Salzbrunn wird uns geschrieben: Die hiesigen Hausbesitzer versuchen mit allen Mitteln, noch vor dem 1. Juli die Zwangswirtschaft zu beseitigen. Der Hausbesitzerverein hat beschlossen, eine Fählung vorzunehmen, und zu diesem Zweck sind an alle Hausbesitzer Zirkulare ergangen, um dort festzustellen, wieviel Wohnungen vorhanden sind, wer von den Mietern Wohnungsuchender ist, wer in der Tauschliste ist, wieviel Untermieter und dergleichen Fragen mehr. Es gibt leider sehr viel dringend Wohnungsbedürftige, die es aus Verzweiflung nicht für nötig finden, sich in die Listen einzutragen. Die Hausbesitzer arbeiten in dieser Angelegenheit lieberhaft. Der hiesige Vorsitzende des Mietervereins dagegen schlägt, sei es, weil er auf Grund der letzten Versammlung die Wahrheit zu hören bekam. Wir raten ihm, seine Funktion niederzulegen, das Vertrauen nach den letzten Vorkommnissen ist nicht wiederzugewinnen, trotzdem auch Geschäftsführer Schubert nach Möglichkeit versucht, einen derartigen Vorsitzenden zu halten. Den Wohnungsuchenden von Nieder-Salzbrunn sei gesagt: Laßt euch eintragen in die Wohnungslisten. Es wurde schon vor Jahren versucht, durch Neuaufstellung der Listen die Zahl zu reduzieren, und zugleich der Antrag der Hausbesitzer eingebracht auf Aufhebung des Wohnungsamtes. Bei Aufhebung der Zwangswirtschaft und bei der zugleich einsetzenden Säuberungaktion der Hausbesitzer dürfte wohl so manchem Mieter die Augen geöffnet werden.

Gefährliche Kurve in Liebichau

A. R. Am 16. Juni, früh 6.30 Uhr, ereignete sich in Liebichau ein Motorradunfall, welcher schlimme Folgen haben konnte. Der Fahrer E. Schiller fuhr mit seinem Motorrad die Waldenburger Straße entlang. Plötzlich kam das Fußwerk des Gutspächters D. von der Liebichauer Dorfstraße eingebogen. Durch das plötzliche Bremsen kam der Motorradfahrer zu Fall und erlitt Hautabschürfungen sowie Bruch eines Fingers der rechten Hand. Weitere Verletzungen konnten noch nicht festgestellt werden. Es ist dies bereits der zweite Unglücksfall binnen kurzer Zeit. Es ist höchste Zeit, daß der Kreisverkehr, da die Kurve nicht zu übersehen ist, Warnungstafeln andringen läßt.

Tobluchtsanfall eines Patienten

Bei einem Arzt auf der Schaeffstraße bekam ein Patient einen Tobluchtsanfall. Er ergriff einen Stuhl und schlug auf den Arzt ein. Nur mit Mühe konnte er ins Wartezimmer gedrängt werden. Hier demolierte der Kranke die gesamte Einrichtung und warf sie auf den Hof. Der Polizei leistete er keinen Widerstand.

Mit dem Fahrrad verunglückt

Im Weinkeller fuhr eine Dame aus Landeshut in der scharfen Kurve mit dem Fahrrad gegen einen Baum. Sie mußte demütlos, mit schweren Kopf-, Arm- und Beinverletzungen vom Platz getragen werden.

Oberes Revier

Familienausflug. Am Sonntag fand ein Familienausflug der Ortsgruppe Langwallersdorf des Arbeiter-Radsportvereins „Ableitung“ statt. Um 10.30 Uhr marschierten die Teilnehmer vom Vereinslokal mit Schalmeyenmühl ab. Beim Bahnübergang Frelebland reichten sich die Zugleute in den Reihen ein. Mit klingendem Spiel zog man durch die Stadt. In Merkersdorf angekommen, wurde eine einhalbstündige Pause gemacht. Um 15 Uhr wurde das Endziel erreicht. Die Braunauer Sportgenossen kamen bereits entgegen. Sportgenosse Kunze begrüßte die Braunauer Sportgenossen mit einem dreifachen „Frei auf!“ und schloß seine Rede mit den Worten: „Proletariat aller Länder vereinigt euch.“ Die Kapelle spielte darauf die Internationale. Ein Braunauer Genosse begrüßte darauf die Arbeiter-Radsportler Langwallersdorf im Namen der KPD. In seinen Ausführungen kam er auf den drohenden Krieg zu sprechen und die Bedeutung der Geschlossenheit des internationalen Proletariats. Mit einem kräftigen „Rot Front vorwärts“ schloß er seine Ausführungen. Nach kurzer Zeit rüdten die Braunauer Genossen ab und äußerten den Wunsch, die Schalmeyenkapelle möchte bald einmal nach Braunau kommen. Um 19 Uhr wurde dann der Heimweg angetreten.

Schweidnitz

Ueberfallen

Morgens fand man auf offener Straße ein Mädchen hilflos auf. Es will von zwei Männern gewürgt, gefesselt und zu Boden geworfen worden sein.

Die ZNS. sammelt — das Aussperrungskomitee raubt!

Ein Arbeiter aus Bollenhain schreibt: So wie im ganzen Reich für die ausgesperrten Textilarbeiter gesammelt wird, geschieht es auch in Bollenhain. Da wir natürlich nicht warten konnten, bis wir die Genehmigung erhielten (was bei uns vierzehn Tage dauerte), gingen einige Genossen ohne diese, mit dem guten Erfolg von 97 Mark in vier Stunden.

Dies wurde dem reformistischen Aussperrungskomitee bekannt, da dieses sich gegen jede Hilfe, die den nichtorganisierten Textilarbeitern zuteil wird, kräftig, hatten diese von ihnen, „Dreiwacht“ (Schreiber Fiedler und Hanke, nichts eiligeres zu tun, als die Genossen bei der Polizei zu denunzieren. Natürlich wurde den Genossen das weitere Sammeln verboten. Stadtrordneter Genosse Raupach setzte sich sofort mit dem Bürgermeister in Verbindung, um eine nachträgliche Genehmigung zu erlangen. Ein diesbezüglicher Antrag mit dem Vermerk „sorsit“ wurde gestellt. Als sich Genosse Raupach nach 2 1/2 Tagen ins Landratsamt begab, erhielt er den Bescheid, daß der Antrag vor einer halben Stunde eingegangen sei. Wir fragen Herrn Polizeibeamten Labla: „Haben Sie so lange Zeit zum Schreiben dieses Antrages gebraucht oder haben Sie die Ausfertigung absichtlich verzögert? Gleichzeitig erhielten im hiesigen Anzeiger ein Artikel des Aussperrungskomitees, worin die Einwohner aufgefordert wurden, Sammlern nichts zu verabsolgen, sondern die Beträge ins Aussperrungslokal zu bringen, wo eine „gerechte“ Verteilung garantiert wird. Bis jetzt ist dieser Aufforderung nur ein Fleischer nachgekommen. Wie diese „gerechte“ Verteilung aber aussieht, beweist

Wieder ein Badeopfer
Der Tischlerlehrling Gerhard Richter aus Bodau fuhr am Sonnabend noch spät abends mit einem Kameraden auf dem Fahrrad nach dem Weiskauer Teich zum Baden. Da er stark erhitzt war, erlitt er wahrscheinlich einen Herzschlag. Er versank vor den Augen seines Freundes.

Jauer

Drei Mann vom Blitz getötet

In Semmelwitz schlug der Blitz in die elektrische Leitung an der Scheune des Gutbesizers Mager. Der Schweizer und zwei Arbeiter wurden getötet.

Böser Sturz

Im Garten des Bräuerschen Gasthauses stürzte eine Frau Stein aus Mergeln eine Treppe hinunter. Sie zog sich eine Gehirnerschütterung und eine schwere Kopfverletzung zu. Da die Schlagader verletzt wurde, mußte sie in hoffnungslosem Zustand mit einem Auto ins Krankenhaus übergeführt werden.

Sirlegau

Schlag

Beim Heumenden wurde der Siedemeister Schneider in Gutschdorf vom Schlag getroffen. Man fand ihn tot auf.

Landeshut

Textilarbeiter, heraus!

Am Donnerstag um 14 Uhr findet in Landeshut eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung statt, in der Stellung zu dem Hungerstreikbescheid genommen werden soll.

Textilarbeiter, Textilarbeiterinnen, erscheinen rektlos im „Kaisersaal“!

die Liste, die sich einige Kollegen, die zum Komitee der ZNS gehören, vorlegen ließen.

Am Sonnabend wurden von den Behörden Gutscheine im Werte von ein bis sieben Mark ausgegeben. Diese wurden aber nicht geschenkt, sondern nur als Darlehen mit sofortiger Rückzahlung bei Wiederaufnahme der Arbeit gegeben. Nun glauben die Leute von der „hellen Vongokratie“, alles getan zu haben, um jede weitere Unterstützung der hungernden Proleten zu verhindern.

Aber, o Schreck, schon am Freitagmorgen riesen Plakate zu einer öffentlichen Versammlung mit gleichzeitiger Lebensmittelausgabe seitens der ZNS für Sonnabend nachmittags auf, nachdem schon am Mittwoch eine Verteilung an 19 bedürftige Familien stattgefunden hatte. Lange vor der angeetzten Zeit sammelten sich die Proleten, mit Taschen und Beuteln versehen, im Garten des „Grünen Baum“. Bei Eröffnung der Versammlung durch Kollegen Kern waren etwa 140 bis 180 Personen anwesend. Stadtrordneter Raupach erklärte kurz Zweck und Ziel der ZNS. Genosse Hiller wandte sich scharf gegen die Verbotsmaßnahmen der Polizei und betonte, daß, wenn heute nicht allen Anwesenden der Hunger gestillt werden könne, sie sich bei jenen Sozialisten bedanken könnten, die den nach einer Schnitte schreienden Kindern durch ihre Niederträchtigkeit das Brot aus dem Munde gestohlen haben. Die empörten Zwischenrufe zeigten deutlich die innere Wut über solche Gemeinheit. Bei der Verteilung konnten nochmals 55 Familien bedacht werden, darunter 16 mit vier bis sechs Kindern. Insgesamt wurden für 130 Mark Lebensmittel verteilt.

Niederschlesien

Görlitz

Zwei Selbstmorde an einem Tage

In der Wallstraße erhängte sich aus Hunger ein 45jähriger Sozialrentner. — In der Königsstraße vergiftete sich ein älterer Mann, der bereits vor einigen Tagen einen Selbstmordversuch unternommen hatte, mit Leuchtgas.

Niesky

Urtat. Der Wirtschaftsbefitzer Gustav Ulrich in Tschischau stürzte in den schwarzen Schöpf und ertrank. Sein 14-jähriger Sohn fand am Uferstrand Bekleidungsstücke des Vaters und konnte schließlich mit fremder Hilfe die Leiche bergen.

Lauban

Vor den Zug geworfen

Etwas 600 Meter vom Bahnhof Niesky entfernt, warf nach die 21jährige Tochter des Stellenbesizers Paul Kühn aus Nieder-Schönbrunn am Sonntag vor einen Personenzug. Der Unglücklichen wurden beide Beine abgefahren, so daß der Tod bald eingetreten sein muß.

Grünberg

Alle Textilarbeiter

kommen am Freitag abend in die öffentliche Textilarbeiterversammlung. Stellungnahme zum Hungerstreikbescheid. Reklames Ergehen notwendig!

Neusalz

Beim Rettungswert ertrunken. Als die Geiswitzer Staffelfest in der freien Oder badeten, ging plötzlich die jüngere Schwester in den Fluten unter. Ihre ältere Schwester eilte ihr zu Hilfe, erlitt aber einen Herzschlag und konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Die beiden jungen Mädchen waren Nichtschwimmerinnen. Die Unterwasserbegleiter konnten mit vieler Mühe durch einen geübten Schwimmer gerettet werden.

Sagan

Es sollen keine Kontrolle

Der Erwerbslosenausschuss schreibt: Den Erwerbslosen von Sagan und Umgebung möchten wir kurz mitteilen, daß der vom Erwerbslosenausschuss seinerzeit gestellte Antrag, in dem verlangt wurde, ein Mitglied des Ausschusses mit Sitz und Stimme in den Spruchauschuss des Arbeitsamtes aufzunehmen, nun durch Mitteilung des Herrn erten Vorsitzenden Dr. Martert abgelehnt worden ist. Die Ablehnung erfolgte durch den Verwaltungsrat des hiesigen Arbeits-

amtes und fand seine vorausgehende Bestätigung vom Landesarbeitsamt. Bemerk sei, daß dieser Antrag erst nach Monate langer Frist seine Erledigung fand, wohl aber die Ablehnung des Landesarbeitsamtes sich nach unserer Meinung stützt auf den ablehnenden Beschluß des Verwaltungsrates des Arbeitsamtes Sagan. Der Kampf muß also erneut aufgenommen werden und sich mehr auf die Gewerkschaften und Behörden beschränken, da diese als Wirtschaftsorganisationen und Körperschaften ein Mitbestimmungsrecht besitzen, und mit so bei der Wahl der Verwaltungsratsmitglieder sowie Weisiger zum Spruchauschuss die beste Gelegenheit zur Wahl von richtigen Vertretern vornehmen können und ein Anspruch auf solche hätten, das geht aus den Bestimmungen des ABWS hervor. Also kämpft gemeinsam mit der KPD, um Anerkennung bei der Stadt und dem Kreis.

Unsere Besern teilen wir mit, daß die Spruchauschussitzungen öffentlich geführt werden, schon immer hatte jeder erwerbslose Kollege das Recht, als Zuhörer teilzunehmen. Die Sitzungen finden im Sitzungssaal des Arbeitsamtes statt, Zimmer 1, Zimmer 2 ist Wartezimmer. Also wer ein Interesse an der Beschlußfassung über Erwerbslosen-Einsprüche hat, kann sich die Veranstaltung anhören.

Auskunft erteilt der Erwerbslosenausschuss jeden Montag und Mittwoch von 10 Uhr bis 12 Uhr mittags bei De Lufa „Zur Weintraube“.

Sprottau

„SPD-Landrat Ganglich bemüht sich persönlich“

Herr Ganglich schreibt uns unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes: „Es ist unklar, daß der Landrat Ganglich zur Durchführung der Auflösung des Rotfrontkämpferbundes die Vertretung des KPD persönlich telefonisch angerufen und die Unterstützung der Spawitze zur Bespigelung der Arbeiter verlangt hat. Vom Landratsamte sind nur die vom Herrn Minister erlassenen Anordnungen an die Polizeiverwaltungen zur Durchführung weitergegeben worden.“

Wir wollen heute diese „Berichtigung“ wiedergeben und werden, nachdem unser Berichtspalter zu ihr Stellung genommen hat, noch einmal auf sie zurückkommen. Doch schon jetzt sei darauf hingewiesen, daß Herr Ganglich von der Weitzgasse der „Anordnungen des Herrn Ministers“ spricht. Wir, die wir keine Verantwortung haben, uns so „fürchten“ anzubringen, nennen diese Anordnungen eben mit dem richtigen Namen, nämlich: Anweisung zur Bespigelung der revolutionären Arbeiter.

Strafantrag wegen Verschmutzung des Bobers. Im Laufe der jetzt schon sich jahrelang hinziehenden Verhandlungen gegen die Verschmutzung des Bobers in den Kreisen Sprottau und Sagan war unter anderem wiederholt auf die Uebertretung von verschiedenen gemeinpolizeilichen Vorschriften durch die Zellstoff-Fabrik in Oberleschen hingewiesen worden. Die Uebertretungen bestehen darin, daß die Fabrik wiederholt schweflige Säuren mit ihren Abwässern in den Bober abgelassen hat. Unter Bezugnahme auf diesen Umstand hat der Fischereiverein Sprottau E. R. bei der Staatsanwaltschaft gegen die Zweigniederlassung Oberleschen des Vereins für Zellstoffindustrie A.-G. Strafantrag gestellt. Die Anklagebehörde hat dem stattgegeben.

Goldberg

Vermitt. Die 24jährige Tochter des Arbeiters Engel wird seit Sonnabend vermißt. Man nimmt an, daß das Kind in den Mühlgraben gestürzt und ertrunken ist.

Legnitz

Von den eigenen Pferden zu Tode geschleift

Zwischen Birlesed und Krebsdorf stürzte der Landwirt und Fuhrunternehmer Emil Krause aus Krebsdorf von seinem Gespann. Er blieb mit dem Fuß in der Bremsvorrichtung hängen und wurde von seinen Tieren zu Tode geschleift. Vor dem Gehäst des Krause fand der von einem Bergnügen heimkehrende Sohn seinen Vater unter dem Wagen furchtbar verstümmelt tot auf. Die Familie ist vom Unglück erschüttert. Vor drei Jahren erlitt ein elfjähriger Sohn sein Schicksal mit einem Tsching.

Wieder eine Jungmädchen-Tragödie

Am Dienstag früh warf sich ein junges Mädchen vor den ausfahrenden D-Zug 6200, wurde überfahren und größtenteils verstümmelt. Man mußte sie in hoffnungslosem Zustande in das städtische Krankenhaus bringen, wo sie mit dem Tode ringt. Die Unglückliche ist die 17jährige Johanna Pechle, die bei ihrer Mutter in der Steinauer Straße wohnte. Die Motive zu ihrer Tat sind noch ungeklärt.

Mittelschlesien

Dhlan. Erleichterung der Brückenperrre. Nach Prüfung des Pfeifers der Oberbrücke hat der Regierungspräsident insofern eine Erleichterung der Brückenperrre eintreten lassen, als leichte landwirtschaftliche Fuhrn solcher Besitzer, die jenseits der Brücke Acker oder Weide besitzen, einzeln die Brücke zu landwirtschaftlichen Zwecken passieren dürfen. Für die Berechtigten werden von der Polizeiverwaltung Passierscheine ausgefertigt!

„Die bedrohte Gesundheit der Jugend“

A. A. Unter dieser Schlagzeile bringt die „Ostdeutsche Morgenpost“ vom 14. Juni einen Sammelbericht Gleiwitzer Schulkinder. In weinerlichen Akzenten schreibt man, daß die Besserung der Gesundheitsverhältnisse unter den Schulkindern zum Stillstand gekommen ist, ja sogar wieder zurückgeht. Die Kinder, die in den Entwicklungsjahren stehen, bedürfen einer besonders guten Behandlung und Pflege; die haben sie aber nach den ärztlichen Untersuchungen nicht. Man braucht auch kein Arzt zu sein, um dies feststellen zu können, jedes Laienauge sieht, daß auf Grund der elenden Wohn- und Verhältnisse, die das Ergebnis effizienter demokratischer Regierungspolitik sind, die Arbeiterkinder nicht in der Lage sind, für das Wohl und Wehe ihrer Kinder besonders zu sorgen.

Um diese zutage getretenen Mängel etwas zu mildern, beschuldigt man die sogenannten sozialen Einrichtungen, die von den Kommunen eingerichtet wurden. (Natürlich erst auf Druck der Arbeitervertreter in den Gemeinde- und Stadtparlamenten.) Doch auch hier kann man feststellen, daß nicht einmal der zehnte Teil der Schulkinder in den Genuss dieser Einrichtung gelangt. In der Erholungsstätte hat nur ein kleiner Bruchteil der Kinder das Glück, nach einem Erholungsort zu fahren. Die übrigen müssen sich darauf gefaßt machen, der heranrückenden Tuberkulose, die auf Grund der unvollkommenen Ernährungsverhältnisse zutage tritt, zum Opfer zu fallen.

Die Widerspruch, die in diesem Artikel aufgeführt werden, kennzeichnen die Politik, die gegen die Arbeiterkinder und ihre Kinder getrieben wird.

Millarden von Mark werden für Heer, Marine, Kirche und Polizei hinausgeschleudert,

für Gesundheitsfürsorge und Kinderpflege werden lächerliche lumpige Hunderttausende bewilligt. Die 6 Millionen, mit denen die SPD. vor den Reichstagswahlen Propaganda trieb, wurden im Haushaltsetat überhaupt nicht aufgeführt, denn die Vorbereitung

für einen neuen imperialistischen Krieg und die Wiederknüpfung von Arbeitern im Innlande verhängen die ganzen Steuergelder der Arbeiterschaft. So steht die „Fürsorge“ von Seiten der herrschenden Klasse gegenüber den Arbeiterkindern aus.

Das Interesse der kapitalistischen Klasse läuft nur darauf hinaus, einen gehorsamen Nachwuchs zu erzeugen. Dafür zu sorgen, daß das zukünftige Geschlecht ein im Interesse der gesamten Menschheit schaffender Faktor wird, haben sie gar nicht notwendig. Die kapitalistische Klasse braucht nur Arbeitskräfte, und je mehr sie zermürbt und entkräftet sind, desto weniger Widerstand leisten sie gegenüber dem Geldsak. Die Sucht nach dem Profit hat auch dazu beigetragen, daß der Arbeiterschaft durch die §§ 218 und 219 das Recht genommen wurde, entscheidend in das Los der Arbeiterkinder einzugreifen. Arbeiterkinder, vergleicht einmal die Statistiken der Kindersterblichkeit, der Kinderkrankheit in den kapitalistischen Staaten, besonders hier in Deutschland, mit der der Sowjetunion. Wir können feststellen, daß die Geburtenziffer in Rußland von Tag zu Tag steigt, trotzdem es den russischen Arbeiterfrauen möglich ist, weil es in Rußland keinen § 218 gibt, ihre Frucht auf operativem Wege zu entfernen. Ferner stellen wir fest, daß der Gesundheitszustand der Arbeiterschaft, besonders aber der Arbeiterkinder, im Steigen begriffen ist, auf Grund der sozialen Fürsorge. Die Parole

Recht, Luft, Sonne und gute Verpflegung den Arbeiterkindern wurde in die Tat umgesetzt. Sontige Waldschulen, Erholungsheime, besonderer Schutz gegen Kinderausbeutung usw. sind die Errungenschaften der russischen Oktober-Revolution für die Kinder.

Die Arbeiter der Sowjetunion sehen alles daran, den Arbeiterkindern die Welt als eine Welt der Freude und des Glückes zu bereiten und werden dazu beitragen, daß ihre Kinder in der Lage sein werden, die Errungenschaften der Oktoberrevolution weiter denn je auszubauen, und so die Voraussetzung schaffen für den systematischen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Gleiwitz

Omnibusreise „auf eigene Gefahr und Risiko“

Seit Einführung des Omnibusverkehrs in Gleiwitz hat sich das Gleiwitzer Publikum schon zweimal eine Erhöhung der Fahrpreise gefallen lassen müssen, angeblich weil der Betrieb nicht rentabel ist. Daß sich in demselben Maße auch die Verkehrsverhältnisse gebessert hätten, kann man gerade nicht behaupten. Im Gegenteil, als Folge der unerhörten schlechten Beschaffenheit der Straßen ist es eine alltägliche Erscheinung, daß das auf einen Wagen wartende Publikum vergeblich wartet. Zum anderen werden trotz des halbständigen Verkehrs infolge des übermäßigen Andranges die Wagen berart vollgeproppelt, daß Federbrüche und ähnliche Unfälle nicht zu den Seltenheiten gehören.

Berücksichtigt man die oben erwähnte schlechte Beschaffenheit der Straßen, so rückt die Möglichkeit eines katastrophalen Unfalls, der auch Menschenleben fordern kann, in greifbare Nähe.

Und gerade in einem solchen Moment läßt der Gleiwitzer Magistrat in allen Autobussen Schilder anbringen, wo unter Berufung auf das Kraftwagen-Verkehrsgesetz dem fahrenden Publikum erklärt wird, daß es auf einer mit ihren eigenen Mittel unterhaltenen öffentlichen Verkehrseinrichtung auf eigene Gefahr und Risiko reise. Herr Stadtrat Krer: Wer haftet nun eigentlich für Gut und Leben des fahrenden Publikums in Gleiwitz? Wir erwarten Antwort.

Die Erwerbslosen „fürsorge“ des Magistrats

Bei den Etatberatungen für das Jahr 1929 wurden in Gleiwitz alle Anträge der Kommunisten, den Wohlfahrtssetat zu erhöhen, von allen Parteien abgelehnt. Ja, er wurde noch dadurch verschlechtert, daß die Badeanstalt in den Wohlfahrtssetat einbezogen wurde. Warum die städtische Badeanstalt diesem Dezernat beigeordnet wurde, kommt jetzt zum Ausdruck, da man dazu übergeht, das fehlende Personal durch Pflichtarbeiter zu ersetzen.

Alle Facharbeiter, die durch das viel gepriesene Erwerbslosenversicherungsgesetz des Sozialdemokraten Wiffell als Saisonarbeiter keine Unterstützung erhalten, und die wegen ihres hohen Alters keine Arbeit mehr erhalten, müssen die vom Wohlfahrtsamt gezahlten Bettelpeunige als Pflichtarbeit in der Badeanstalt abarbeiten.

Weiter ist es schon vorgekommen, daß Leute nach der Badeanstalt geschickt wurden und von dort zum Schießstandbau nach Richterhof, um dort, trotzdem die Arbeit in private Hände vergeben ist, ihre Wohlfahrtsunterstützung abzurufen. Herr Stadtrat Meizer scheint es überhaupt mit dem Schießstandbau sehr eilig zu haben. Vielleicht, um dem Landeschießbundes seine für den Herbst geplante Generalprobe für das kommende Arbeitermorden zu ermöglichen.

Nicht genug damit, daß der Magistrat schon ohnehin versucht, die Arbeiter abzubauen, die Löhne zu drücken und die Arbeitsleistung zu steigern, geht er jetzt noch dazu über, eventuelle freie Stellen, die ein paar Proleten Arbeitsmöglichkeiten bieten würden, durch ausgesetzte Erwerbslose als Pflichtarbeit abarbeiten zu lassen.

Fahrlässige Brandstiftung!

Am Sonnabend entstand in der Wohnung einer Arbeiterin auf der Kohlrabe Feuer. Die unter dem Dach gelegene Wohnung ließ das Feuer auf den Dachstuhl übergreifen. Da das Feuer bald gelöscht werden konnte, ist kein größerer Schaden entstanden. Das Feuer ist durch die Petroleumlampe entstanden. Die Arbeiterin wurde nun wegen fahrlässiger Brandstiftung angezeigt. Ist das nicht grausam? Weil die Arbeiterin in so einer elenden Hude wohnt, wo keine moderne Lichtleitung vorhanden ist und ihr durch die Petroleumlampe ein Mißgeschick zustoßt, daß ihr evtl. das Leben kosten konnte, wird sie sicher noch bestraft werden.

Unfallmeldestelle verlegt

Die Gleiwitzer Kolonne des Arbeiter-Samariter-Bundes gibt bekannt, daß die Unfallmeldestelle Bernickestraße 5 durch Umzug nach der Turmstraße 3, 3. Etg., verlegt wurde und bittet die gesamte Bürgererschaft, dieselbe sowie alle übrigen in der ganzen Stadt ver-

teilten Meldestellen zu jeder Tages- und Nachtzeit, bei Unglücksfällen und plötzlichen Erkrankungen kostenlos in Anspruch zu nehmen.

Hindenburg

Klimas abgeseigt

Der sozialdemokratische Knappschafstälteste Klimax wurde seines Amtes enthoben. Die Gründe hierzu sind nicht bekannt. Vermutlich ist das aber deswegen geschehen, weil K. vor einiger Zeit wegen eines Vergehens von der Erde entlassen worden war.

Unveränderte Arbeitslosenzahl

Die Arbeitsmarktlage wies in der Berichtswache keine Veränderung auf. Es wurden gezählt 2538 Arbeitsuchende und 1760 Unterstützungsempfänger. Vermittelt wurden 266 männliche und 68 weibliche Arbeitslose. Insgesamt finden z. Z. 489 Arbeitslose als Notstandsarbeiter Verwendung.

Die neuen Etatberatungen finden in nächster Woche ab Dienstag statt. Wahrscheinlich werden sich dieselben drei bis vier Tage hinziehen.

Beuthen

Vom Blitz getroffen

Bei dem am Montagmittag hier niedergegangenen Gewitter wurde in der Poststraße, in der Nähe vom Gericht, der Kaufmann Walzer getroffen. Der Blitz, der erst durch einen Baum Schlag, lähmte ihm beide Beine.

Verlegung städtischer Ämter

Es sind in das alte Stadthaus am Klosterplatz verlegt worden: a) das Wohnungsamt ins Erdgesch. (bisher Goistraße 15), b) das Schulamt ins Erdgesch. (bisher Goistraße 17), c) das Statistische Amt in den 1. Stock (bisher Neues Stadthaus), d) das Steueramt in den 2. Stock (bisher Neues Stadthaus).

Neustadt

Arbeiter dürfen kein Eigentum haben

A. A. Bei allen Gelegenheiten reihen die Spießbürger in der Republik bei der Frage des Privateigentums das Maul erschrecklich weit auf. Wenn es sich aber mal um das Eigentum eines Arbeiters handelt, da wird ein Dred um den Schuh deselben gefragt. So hat man es wieder beim Verbot des RFB gemerkt. Alles, was die Polizei bei den Hausdurchsuchungen bei den RFB-Kameraden fand, daß ein wenig nach „rot“ aussah, wurde einfach mitgenommen. Ohne Rücksicht, ob das Eigentum dem RFB oder dem Arbeiter selbst gehörte, wurde alles beschlagnahmt. So wurde hier dem Dachdecker Galda ein Instrument, Bariton, weggenommen, obwohl er nachgewiesen hat, daß das Instrument ihm und nicht dem RFB gehört. Bedinglich der Umstand, daß das Instrument auf Raten gekauft wurde, war der Polizei Anlaß zur Beschlagnahme.

Diese Begründung ist doch recht fadenscheinig. Weil der Arbeiter, der eben kein republikanisches Ministergehalt hat, sich alles auf Stottern kaufen muß, wird sein Eigentum von der Polizei weggenommen. Arbeiter dürfen also kein Eigentum haben. Schöne Republik!

Nelisse

Hauspächter wollen Mieterhöhung

Die letzte Monatsversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins nahm u. a. Stellung zu den Mieten. Die jetzigen Wuchermieten sind den Hauspächter noch zu wenig. Sie möchten gern diese um 25 Prozent heraufsetzen. — Wenn die Hauspächter etwas nur wünschen, so ist es, wie uns die Republik schon oft gelehrt hat, nicht weit zur Verwirklichung. Die Hauspächter werden also jetzt eine

Mieterhöhung vorbereiten. Ein Anschlag auf die Mieter, der Parteien abgewehrt werden muß. Die Mieten sind heute schon für die Arbeiterschaft untragbar.

Kreuzburg

Schwarze Listen bei der Kriminalpolizei

Wie uns zu Ohren gekommen ist, werden bei der Kriminalpolizei schwarze Listen geführt. Alle irgendwie als Kommunisten verdächtige Arbeiter und selbst Parteiloze sind in diesen Listen verzeichnet. Diese schwarzen Listen sollen wohl dazu dienen, um die Jagd auf revolutionäre Arbeiter in ihrer Ausbeute recht günstig zu gestalten. Diese Maßgroßenjungeitmethode wird jedoch die Arbeiterschaft nicht abhalten, weiter zu kämpfen.

Proleten können leben

A. K. Wie allen Arbeitern bekannt sein wird, kam es am zweiten Osterfesttag in Leobowitz zwischen provozierenden Faschisten und Arbeitern zu einer Schlägerei. Natürlich wird, wie immer, behauptet, nicht die Faschisten wären die Angreifer, sondern die Arbeiter. Vier Arbeiter, meist Familienväter, wurden verhaftet und ihnen heute noch nach zehn Wochen in Untersuchungshaft. Wie wir hören, ist die Voruntersuchung noch nicht abgeschlossen. Die Voruntersuchung führt die Staatsanwaltschaft Oppeln. Wir protestieren gegen die Verschleppung des Prozesses.

Wo bleibt die Antwort?

A. K. Die Polizei scheint sehr langsam zu sein in Bezug auf Feststellungen über die Bewaffnung der Faschisten. Es rückt gerade so nach Begünstigung. Die Öffentlichkeit verlangt unbedingt Antwort.

Aus der Baulauer Ziegelei

A. A. In der hiesigen Ziegelei geht die Verwaltung immer mehr dazu über, nur jugendliche Arbeiter auszubilden. Die alten Arbeiter werden einer nach dem anderen entlassen. Bei achteinhalbstündiger Arbeitszeit arbeiten die jugendlichen Arbeiter unter den härtesten Profitmachermethoden. Der Lohn beträgt 28 Pfennig die Stunde. Den alten Arbeitern mußte man natürlich mehr zahlen. Dagegen konnten sie nicht so ausgebeutet werden wie die Jugendlichen. Wegen diese Methoden müssen die Ziegeleiarbeiter energisch kämpfen. Die Jugendlichen müssen mit den alten Arbeitern gemeinsam vorgehen. Vor allem müssen die Jugendlichen für h d h e r e B ä n e eintreten

Jeden Tag Tempeln

A. A. Vom hiesigen Arbeitsamt ist angeordnet worden, daß jetzt sämtliche Arbeitslosen aus Kreuzburg und Umgebung jeden Tag zu um Tempeln erscheinen sollen. Dies stellt eine außerordentlich hohe Schikane dar. Die Arbeitslosen haben nunmehr das „Verfügen“, jeden Tag 10-20 Kilometer und noch mehr zu fahren. Sie werden das aber nicht so ohne weiteres hinnehmen und fordern, daß diese Maßnahme sofort wieder aufgehoben wird.

Nächstenliebe des Herrn Sobomann

A. K. Herr Sobomann ist Bezirksvorsteher und sitzt im katholischen Kirchenrat. Dieser Herr scheint bei der Begutachtung von Gesuchen zweierlei Maß zu haben. Für Arbeiter, die nicht seiner Meinung sind, gibt es nichts. Einem Arbeiter lehnte er sein Gesuch mehrmals ab. Einmal war er nicht zu sprechen, doch auf energischen Protest tauchte er plötzlich auf.

Die Arbeiter verübten sich ein derartiges Verhalten eines Bezirksvorstehers.

Der Spieker größte Sorgen

A. K. Gegenwärtig wird der Restteil der Doppelner Straße asphaltiert. Das Tempo der Arbeit kann als ein Hefttempo bezeichnet werden. Denn es soll unbedingt bis zum 29. Juni (Großes Geenichschießen) die Schützenstraße fertig werden, damit die Geeniche sich nicht etwas machen. Wie wir erfahren, sollen es die letzten Straßen sein, die gemacht werden. Auf Jahre hinaus folgt ein Stillstand, angeblich wegen Geldmangel.

Nähtung, Parteigenossen! Wir machen alle Parteigenossen darauf aufmerksam, daß jeden Donnerstag abends 7 Uhr eine Zusammenkunft aller Genossen an bekannter Stelle stattfindet.

Oppeln

Eine Brücke zum Halsbrechen

Ein Arbeiter schreibt uns: Am Sonntag ging ich über die Blom und passierte am Teich die kleine Brücke. Beim Betreten der Brücke schwankte und wippte sie so, daß ich froh war, als ich drüber hinweg war. Beim näheren Zusehen fand ich, daß ein Querbalken kaputt ist und mehrere Bohlen darauf gebrochen sind. Wenn man bedenkt, daß über die Brücke ein Fahrweg führt, der sehr oft von Fuhrwerken benutzt wird, kann dort noch das größte Unglück passieren. In dem Gedanken an den Montag-Schweinemarkt ging ich zur Polizeiwache auf dem Ring, um eine Abperrung des Weges zu veranlassen; doch kam ich an die falsche Adresse. Ich wurde auf die Malapaner Straße zur Revierwache geschickt. (Das konnten doch die Herren schließlich auch telefonisch besorgen und mich nicht noch den weiten Weg schicken. Es geschah doch nicht in meinem Interesse.) Der Zustand der Brücke scheint die staatliche Polizei eben nichts anzugehen, obwohl dadurch Menschen und Vieh Hals und Beine brechen können; aber wenn die Kommunisten mal einen friedlichen Umzug machen, dann ist die Polizei zu Pferde und zu Fuß sämtlich auf dem Posten!

Arbeiterkorrespondenten, Genossen!

Berichtet sofort über alle Vorgänge im Ort, im Betrieb in der Gewerkschaft, an die

Lokalredaktion Gleiwitz

Ebertstraße 26

Weißstein

Herrhard Seidel, Hauptstr. 2
Kleider- und Wäschehandel
Gut und billig kaufen Sie im
Warenhaus Erich Lange
88058

Alfred Müller, Salzbrunner Str. 29
Kochgeschäfte
88057

Georg Wörbs, Nonradthaler Str. 23
Zigarrenhaus und Mineralwasserfabrik
88056

Max Schäl, Salzbrunner Straße 53
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
88054

Erich Meißner, Gartauer Weg 4
Fleischerei
88053

Ernst Schubert, Hauptstr. 63
Zentrum 206
Kolonialwaren und Feinkost
88054

HANS HERZOG
Altwasserstraße 14
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel
88059

Heinrich Optiz
Hauptstraße 168
Bäckerei und Konditorei
88051

Milch Dehne, Hauptstraße / Kolonialwaren
Brot-, Milch-, Süßwaren, Schokolade, Tabak
Sämtliche Gebäcke am Lager
88052

Paul Berger, Hauptstraße 96
ff. Fleisch- und Wurstwaren
88055

„Deutsches Haus“, Hauptstraße 93
Empfehlte feine Kolonialwaren
Groß- u. Klein. Saal, Vereinszimmer
88047

Bruno Rinner, Salzbrunner Str. 33
Kolonialprodukte und Milchverförgung
Lebensmittelhaus
88285

Konrad Ludwig
Altwasser Straße 16
Fleisch- und Wurstgeschäft
88264

Paul Noth, Hauptstraße 150
Bäckerei und Konditorei
88050

Karl Biehmert, Hauptstraße 129
Uhren, Möbel, Haus- u. Küchengeräte
88040

Kaufhaus Hanke
Hauptstraße 115
88048

W. Krause, Joh. M. Argut
Kolonialwaren :: Wollwaren :: Reste
88046

Karl Buschmann, Hauptstraße 62
Bäckerei und Konditorei
88045

Ernst Gierisch, Mittelstraße
Möbel und Kleiderbelleidung
88048

Paul Simon / Mollereigeschäft
Hauptstraße 144
88046

Weißstein-Hartau
Gartauer Tanzbühne „Wilhelm-Röntgen“
Wag. Rinner
empf. feine Kolonialwaren u. Gefenkschäftszimmer
88268

WENDELIN LACHNIT
Kolonialwaren - Feinkost
Zigarren - Zigaretten - Tabakwaren
88267

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Julius Schwarzer, Gartauer Weg 2
88266

Waldenburg

Konfektionshaus
Max Silbermann
Herren- und Knaben-Bekleidung

Kauf bei
Jacobsohn
Gartenstrasse 6
88386

Leppische - Farben - Einoleum
ADOLF ERNST
An der katholischen Kirche
88270

D. Korn, Friedländer Str. 7
Nur gute Herren- und
Knaben - Bekleidung
Alleinverkauf d. Fa. Louis Mosberg, Bielefeld
88269

Haynau
Theodor Prinz - Ring 30
Woll- und Konfektionswaren
88401

E.-mann Stiller, Bahnhofstr. 35
Schuhwaren
Maß- und Reparaturwerkstatt
88402

Carl-Restaurant, Parkstraße 12
Richard-Frische
Nugensommer Familienaufenthalt
88408

Liegnitz
Max Süßmann
Mittelstraße 11
Herren- und Knabenbelleidung
88658

Größte Schuhreparatur
mit elektr. Betrieb
P. Awinziewicz, Burgstraße 50
88435

Louis Komalki, Goldberger Straße 23
Tunische Herren- u. Knabenmoden
Bekleidung - Herrenartikel
88654

Max Futter, Ring 9/10
Kleiderstoffe, Leinen, Baum-
wollwaren, Putz, Damenkonfek-
tion, Kurzwaren, Strümpfe und
Wollwaren
88656

Reserviert

Kaufhaus
Max Holzer
Friedländer Str. 10
88037

Hugo Klahr, Gottesberger Straße
Led., Stoffe, Lederwaren, Sportartikel
88289

Fahrradhandlung
Ferdinand Kaiser, Auenstraße 48
Reparaturwerkstatt
88038

Waldenburg-Neustadt
Richard Beder / Hermannstraße 56
Motorräder, Fahrräder, Nähmaschinen, Schwach-
apparate, Beleuchtungsger., Reparaturwerkst.
88420

Bunzlau
A. Grundmann, Gnabenberger Str. 52
Fleisch- und Wurstwaren
88613

E. Burke / Stadstraße 21
Seiden-Strickerei
88612

Paul Müller, Rath, Kirchplatz 3
Möbelfabrik
88608

EISENRUBINSTEIN
Größtes Unternehmen der Branche am Platz
88618

Gertrud Gobit, Zollstraße 9
Weiß- und Wollwaren, Herrenartikel
88609

SCHIFFER & SOHN
Wurst- und Fleischkonzerfabrik
Schinkenfabrik
88617

Sortimentshaus
Theophil Rosenthal
88615

Trinkt Milch
d. Bunzlauer Lehrmolkerei
88614

Leinwandhaus
HEINRICH HAMMEL
Leinen / Baumwollwaren
Kleiderstoffe / Wäsche / Tricotagen
88616

Schuhhaus Wendlandt & Oert
Feine und starke Schuhwaren
Nicolaistraße 7
88610

Thomas Zedler, Nicolaistraße 14
Fahrräder - Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt
88611

Nieder-Hermsdorf
Paul Heilewig - Beben 3
empfiehlt feine Kolonialwaren u. Vereinszimmer
88494

Kaufhaus Witte
Banco u. Herrenkonfektion, Wäsche
Tabakwaren
88491

Hermsdorfer Tanzbühne
Gasthof „Zur Bergwärtschütt“
empfiehlt feinen Saal für Veranstaltungen
und Vereinszwecke
88493

Kurt Hübner, Waldenburger Straße 14
Kolonial- und Eisenwaren
88490

Th. S. Wiener, Hauptstraße 29
Kleider- u. Herrenkonfektion, Wäsche
Rein Waschen
88489

Hermann Bretschneider
Mühlensfabrikate - Lebensmittel
88492

HEINZEL & SCHUBERT
Hauptstraße 4
Kolonialwaren, Delikatessen, Spirituosen
88488

Damen- u. Herrenbelleidung
Strickwaren und Wäsche auf Kredit
Blitz, Nieder-Hermsdorf, Hauptstr. 3
88507

Ober-Wüstegiersdorf
Heinrich Hippe - 136
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
88435

Robert Böhm, Hauptstraße 145
ff. Aufschnitt
Rind- und Schweinefleischerei
88434

ERNST TEICHMANN
Kleiderstoffe, Bettwäsche, Haus-
und Küchengeräte, Tricotagen
88436

Wüstegiersdorf
Hilfsheim, Hauptstraße 45
Kolonialwaren - Zigaretten - Zigaretten
Seiten - Parfümerien
88432

Richard Mojner - Hauptstraße 17
Herren- u. Damenkonfektion
88431

Karl Schuler, Hauptstraße 54
empfiehlt Konfektion und Schuhwaren
zu niedrigsten Preisen
88430

Qualitätsschuhwaren
für Haus, Straße, Gesellschaft u. Sport
E. Scholz Erben, Hauptstraße 46
88433

Kaufhaus / Kaufhaus
Kolonial- und Gemüschwaren
Spielwaren in großer Auswahl
Mitglied des Kabattfabrikanten
88429

Schuhhaus Rattwieser
Belleidung Ausflugslokal
15 Min. vom Bahnhof Ober-Wüstegiersdorf
Jeden Sonntag Lang - C. Strauch
88428

Altwasser
Erhard Soegel - Kolonialwaren
Delikatessen, Haus- und Küchengeräte
88041

„Weißes Roth“ / Joh. Bruno Grieger
empf. großen Saal u. Vereinszimmer
zu Vergnügen u. Versammlungszwecken
88042

Milchverförgung Groß-Waldenburg
Erste Molkerei des Industriegebietes, unter
dauernd. Kontrolle d. Stdt. Gesundheitsamtes
Trinkt Milch
Glasermilch u. lauf. faml. Molkereiprodukte
nur von meinen Milchwagen u. Verkaufsstellen
88040

Lebensmittel aller Art gut und preiswert
Hermann Lachner, Charlottenbrunner Str. 34
neben „Germania“
88422

Erich Finke / Breslauer Straße 86
empfiehlt sich zur Neuauflage und Aus-
besserung von Damen-, Tisch- u. Bettwäsche
88421

Zigaretten / Zigaretten / Rauchtabak
Adolf Radler, Joh. Friß Radler
Breslauer Straße 44 und am Bahnhof
88426

HUGO MÜLLER
Billigste Bezugsquelle für Kolonial-, Schnitt-
u. Gemüschwaren / Verkaufsstellen: Altwasser,
„Eisernes Kreuz“, „Seefischer Kaufhaus“
88424

Erger & Co., Breslauer Straße 38
Lebensmittel, Obst und Gemüse
Steis frische Land- und Molkereibutter
88423

Rob. Haus Bernhard Gröger
Damen-, Herren-, Kinderkonfektion
Woll-, Weiß-, Woll-, Kurzwaren
Gröger's Konfektionshaus - Am Bahnhof
88425

Fellhammer-Nord
Ernst Franke, Fellhammer, Gr. Nord 9
Herren-, Damen-, Weißwarenkonfektion
88487

**Oskar Krause, Sarg-, Bau- u. Möbel-
tischl., Lag. fertig. Möbel u. Holzwaren**
88486

Springer's Gasthaus „Zur Erholung“
Tanzbühne / Arbeiterlokal
Jeden Donnerstag und Sonntag Lang
88484

Maria Buhl, Hauptstraße 15
- Portofabrikation -
88483

Josef Kiepel, Hauptstraße 6
Sattlerei - Möbel und Einoleum
88437

Eduard u. Oskar Usherich, Schulstr. 2
Schuhwaren - Kolonialwaren
88485

Bolkenhain
Alfred Bufe :: Mühlstraße 10
Holz und Kohlen
88770

M. Grundmann
Kolonialwaren :: Tabak
Zigaretten :: Zigaretten :: Weine u. Liköre
88771

Bad Salzbrunn
Sorgenfrei!
Deutsche Bekleidungs-Verförgungs-
Aktiengesellschaft
Waldenburg u. Umgebung
88898

Ober-Salzbrunn
JULIUS JUST
Kolonialwaren / Tabak / Zigaretten
88958

Nieder-Salzbrunn
Franz Kreizgerl, Möbelmagazin
Teilsahlung gestattet
88308

**Paul Klug / Motorräder, Fahrräder,
Nähmaschinen und Musikapparate**
88804

Blumenau
Gottlieb Giller, Dorfstraße 19
Kolonialwaren, Spirituosen, Rauchwaren
88427

Langwaltersdorf
Gerichtskretscham Langwaltersdorf
- Saal für Vereine -
88288

Sandberg-Waldenburg
Julius Häuser, Waldenburger Str. 55
Kolonialwaren / Glas / Porzellan
Haus- und Küchengeräte
88261

Reichhennersdorf
Heinrich Wolf, Dorfstraße 102
Kolonialwaren - Bäckerei
88388

Gasthof „Zum Bergziehen“
- Angenehmer Familienaufenthalt -
88389

Dittersbach
„Hoford-Schuhhaus“ / Hauptstraße 39
Herren- und Damen-Modeschuhe
Evez. Arbeitsschuhe zu reellen Preisen
88260

Josef Krieger, Eisenhandlung
Haus- und Küchengeräte, Gefenkschäft
Sollinger Stahlwaren
88259

Oskar Wiedl, Hauptstr. 186, Tel. 1612
Herren- und Knabenkonfektion sowie sämtliche
Herrenartikel / Anzügen / Breecheshosen
88255

Reserviert

Breslau-West

Zentral-Theater / Ballsäle / Breslau 6, Westendstr. 50/52
Inhaber: Alfons Hahn - Fernruf 23429
88237

Lebensmittel
Weine, Tabak
Otto Dindas
Bärenstrasse 31
88067

Kolonialwaren, Delikatessen, Konfektion
Weine, Zigaretten, Zigaretten, Tabakwaren
Fr. Rzeduchka
Alsenstraße 48, Ecke Leutheustraße
88078

Alsen-Molkerei
Milch, Butter
Eier, Käse
Alsenstrasse 86
88217

Fisch-Spezialgeschäft
M. Schmelz, Frankfurter Str. 127
88072

Hustenbonbon
Speise-Eis
P. Nierke
Fr. Wilhelm-Str. 59
88066

Bären-Drogerie
Alfr. Hoffmann
Bärenstrasse 38
88068

Sie haben kein Geld zu verstreuen!
Lieber auf zum
Radio-Wachplatz, Friedr.-Wilh.-Str. 16
Tel. 88066. Teilsahlung. Vertreterbesuch
88313

Anna Hahn
Fisch- und
Räucherwaren
Alsenstrasse 54
88318

Kolonialwaren / Delikatessen
Tabakwaren - 8 Prozent Rabatt
Egon Kraus - Schweigerstraße 9
88079

Schuh u. Stiefel
bei **Wilhelm Vogel**
66 Friedrich-Wilhelm-Straße 66
88316

Fahrradhaus Dreßler, Bärenstraße 9
Pfeife-, Hängel-, Victoria- u. Dr.-Räder
Schallplatten - Teilsahlung gestattet
88068

Lebensmittel, Spirituosen, Tabakwaren
P. Schauer
Posener Straße 27, Ecke Alsenstraße
88070

Beim
Dibra's Gaststätten
88314

Leinwandwaren und Kleiderstoffe
Billigste Einkaufsquelle der Arbeiterklasse?
5% Rabatt bei Best.-aufnahme
Benno Hoyer, Friedr.-Wilhelm-Str. 5
88315

G. Cassel, Frankfurter Str. 115/117
Wäsche - Tricotagen - Strümpfe
88072

Fisch-Spezialgeschäft Karl Ulrich
Frankfurter Straße 168
88071

Breslau-Nord
KÜCHENGERÄTE
Emaille, Zinkwannen etc.
M. Casse - Denkerplatz 7
88351

Reserviert

Genossen! Beachtet beim
Einkauf unsere Inserenten!